

Depesche aus Berlin

Prof. Dr. Lothar Maier



Ausgabe 7, 2. Jahrgang

Neue Sportart im Bundestag: der Eiertanz

Wäre es nicht so armselig, könnte man die Altparteien – jedenfalls den früher als „bürgerlich“ geltenden Teil – fast bemitleiden. Bei immer mehr Themen kommen sie unter Druck von Seiten der ihnen verhassten AfD. Um nicht gänzlich unglauwbüßig zu werden, müssen sie nicht wenige Positionen der AfD übernehmen, sich aber zugleich gegen die AfD als Partei stellen und aus Rücksicht auf ihre eigene linksgrün gestrickte Klientel klar machen, dass sie es mit den neuen, vernunftgemäßen Positionen auch wieder nicht so ernst meinen, dass etwas davon tatsächlich umgesetzt werden soll.

So auch am 14. und 15. Februar im Plenum des Bundestags. Die AfD setzte die Ergebnisse der sogenannten „Werkstattgespräche“ der CDU auf die Tagesordnung. In diesem hochkarätig besetzten Gremium diskutierten die CDU-Granden Umriss einer „neuen“ Einwanderungspolitik, in der sich so ziemlich alle Forderungen wiederfinden, die die AfD auf diesem Gebiet seit 2015 vertritt: Abschiebung bei falscher Identitätsangabe, bei Kriminalität, bei fehlender Kooperationsbereitschaft; Zurückweisung an der Grenze bei absehbar aussichtsloser Beantragung von Asyl; wirksame Sicherung der nationalen Grenzen usw. Da die CDU/CSU stets das Gegenteil davon praktizierte und selbst bei wirklichem Sinneswandel in einer Koalition mit der SPD sowieso nichts davon umsetzen kann, ist das Ganze so glaubwürdig wie der Übertritt des Papstes zum Protestantismus. So tun als ob, und hoffen, dass die Wähler es nicht merken.

Nicht anders am Freitagvormittag, 15. Februar, wo es im Plenum um den Antrag der AfD ging, die Voraussetzungen für die Anerkennung von

Vereinen als „gemeinnützig“ anspruchsvoller zu gestalten, sodass dubiose Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) mit ihren lediglich 360 Mitgliedern (aber 100 Angestellten) mit ihren sinnfreien Klagen gegen den Straßenverkehr nicht mehr die ganze Republik in Geiselschaft nehmen können. Auch hier die Beteuerungen der CDU: Ja, dem fragwürdigen Geschäftsmodell der DUH müsse ein Riegel vorgeschoben werden, und nein, das Prinzip der Assoziationsfreiheit lasse das notwendige entschiedene Vorgehen dann doch nicht zu, leider, leider. Wo es langgeht, zeigte dann der Koalitionspartner SPD: volle Solidarität mit der DUH, weitere Unterstützung dieser, den Rechtsstaat pervertierenden, Organisation.

Der dritte Akt im Eiertanz spielte sich gleich danach ab, als es um die „Freigabe der Information über Schwangerschaftsabbrüche“ ging, eine Ausweichlösung, weil die Forderung der Jungsozialisten, Abtreibungen faktisch noch bis unmittelbar vor der Geburt zuzulassen, nicht realisierbar war. Auch hier die Beteuerung der CDU-Redner, dem Erhalt des Lebens den Vorrang geben zu wollen, aber zugleich die Fortsetzung der liberalisierten Abtreibungspraxis zu erlauben und noch auszuweiten. Zur Erinnerung: 700.000 Geburten jährlich stehen in Deutschland ca. 120.000 Abtreibungen gegenüber. Übrigens: in Wikipedia wird der Eiertanz wie folgt definiert: „Kunstleistung von Seiltänzern u. ähnlichen Artisten, indem sie mit verbundenen Augen zwischen, in Distanzen gelegten Eiern tanzen, od. wohl auch, nachdem sie solche mit den Füßen verrückt haben, groteske Tänze ausführen, ohne eins derselben zu berühren.“ Ich fürchte, diesen Sport werden wir demnächst noch öfter sehen.

Ihr Lothar Maier



INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

Kernenergie: Aus – Kohle: Aus – Daimler-Gewinn bricht ein

mehr auf Seite 2

Asylbewerber schleppen Krankheiten ein

mehr auf Seite 4

Bildung: Deutschland fällt zurück

mehr auf Seite 7

Feinstaub-Lüge: Raucher müssten tot umfallen

mehr auf Seite 8

Aussichten in Deutschland verdüstern sich
Wirtschafts - Abschwung - Welcome-Wahnsinn
Erblast für Zukunft

mehr auf Seite 9

„Dank“ frei erfundener EU-Grenzwerte

mehr auf Seite 12

Klima-Schwindel mit schwammiger Basis

mehr auf Seite 14

Jetzt drohen Systemparteien mit Verfassungsschutz

mehr auf Seite 15

Delegationsreise des Ausschusses

mehr auf Seite 16

AfD wirkt: EU knickt ein - München kippt Fahrverbot

mehr auf Seite 18

Bedeutende Erkenntnisse von Abgeordneten der Altparteien

mehr auf Seite 19

Kernenergie: Aus – Kohle: Aus – Daimler-Gewinn bricht ein Schaufelt sich deutscher Gutmenschen-Michel sein eigenes Grab?

Das deutsche Volk tendiert in seiner jetzigen Noch-Mehrheit, wie sie sich in der Sitzverteilung des Deutschen Bundestages abbildet, nach wie vor zu kollektiver Suizidalität. Dieser maligne Befund manifestiert sich in einer progressiven Immunschwäche, die keine ausreichende Abwehrfähigkeit gegenüber der toxischen Propaganda zerstörerischer Ideologien gewährleistet.



Zwei Diktaturen auf deutschem Boden im vergangenen Jahrhundert lassen empirisch im Kern letztlich leider keine andere Erklärung zu. Über 70 Jahre nach dem Untergang verdunkelt sich der Himmel über Deutschland, langsam zwar, aber sicher. Freilich sind die Verführer heute von anderer Provenienz, als die der Nazi- und DDR-Diktatur. Hinzu kommt, das Unheil war damals - wie aufeinander zurasende Züge - für den, der sehen wollte absehbar: Beide Weltkriegskatastrophen, wie auch der Holocaust.

Grün-neomarxistischer Meinungs- und Gesinnungsterror und die NaziKeule

Deutschland im Frühjahr 2019. „Auferstanden aus Ruinen“ pflegt das Land mit mehrheitlich freiwillig erworbenem Schuld-Gen die „Erinnerungs- und Schuldkultur“. Die Meinungsfreiheit findet dort ihre Grenze, wo sie der Meinungsterror des grün-neomarxistischen Mainstreams gesetzt hat. Dahinter wartet willfährig der von der Regierung gekaperte Verfassungsschutz. Wer sich den Luxus leistet, selbst denken zu wollen, gerät ins Visier der Gesinnungspolizei.

Kein menschenverachtender sichtbarer „Judens-tern“ am Revers zwar, aber die Nazi-Keule als Diffamierungs- und Verleumdungsinstrument soll Menschen, die es wagen, dem Mainstream zu widersprechen, einschüchtern und für immer mundtot machen. Damit aber liegt faktisch mindestens ein Wesensmerkmal totalitärer Systeme vor. Der deutsche Gutmenschen-Michel scheint mit Vehemenz dabei, sich im Klima-Wahn als Ersatz-Religion sein eigenes Grab zu schaufeln.

Dieser Irrsinn hat weitgehend selbst kirchliche Kreise infiziert.

Massenhysterie durch völlig irrationale CO2-Erderwärmungstheorie

Kinder schwänzen die Schule und huldigen auf der Straße nicht dem „Führer“, sondern dem „Klima“. Die politischen Eliten haben es nach Le Bon (Psychologie der Massen) lehrbuchmäßig fertiggebracht, mit der völlig irrationalen Erderwärmungstheorie durch das „Treibhausgas“ CO₂ eine Massenhysterie zu schüren und dauerhaft in den Köpfen zu etablieren. Sie spielen in Deutschland mit den Ängsten der Massen und haben Abgasgrenzwerte des Brüsseler Diktats übernommen, die übrigens 1998 Frau Merkel noch als Bundesumweltministerin mitverhandelt hat, wie erst jetzt herauskam.

Gutmenschen-Michel dank Schuldgen in Klima-Ideologie rigoros und gründlich

Wer in seiner Propaganda das „Klima“ zu schützen vorgibt, genießt in Deutschland Narrenfreiheit und kann sich so unter einem jedwede Kritik abweisen den Schirm sakrosankt und unwidersprochen fühlen. Die Grünen haben dieses Prinzip zu ihrem Geschäftsmodell erkoren und alle Altparteien betreiben inzwischen auf dem Boden der lediglich in Computermodellen angenommen Erderwärmung durch CO₂ ihr ideologisches Geschäft. Nirgendwo anders auf der Welt verbucht dieser Wahnsinn bezogen auf die Zahl der Gesamtbevölkerung mehr Anhänger als in Deutschland. Der vom Schuldgen gesteuerte Gutmenschen-Michel zeigt sich in der praktischen Umsetzung der Klima-Ideologie in (aus der Geschichte leider schmerzhaft bekannter) deutscher Gründlichkeit und Rigorosität. Am deutschen Wesen soll erneut die Welt genesen:

Denn in verzehrendem Masochismus gibt sich eine knappe Noch-Mehrheit in Deutschland sinnlosen „Klimazielen“ hin und nimmt damit das ganze Land in den Würgegriff. Dabei liegt der Anteil der deutschen CO₂-Einsparung an der weltweiten Einsparung bei lächerlichen rund 0,1 Prozent, also völlig wirkungslos. Gleichzeitig erhöhen andere Länder wie etwa China ihren CO₂-Ausstoß sogar noch. Weltweit sind mehr als 1 000 Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau. Die Stickoxid-Emissionen (NO_x) schließlich sind seit 1990 insgesamt um 58 Prozent zurückgegangen – obwohl sich der Anteil der Dieselfahrzeuge seither verdoppelt hat.

Daimler-Gewinn bricht fast um Drittel ein – Deutsche Autoindustrie in Gefahr

Die Folgen dieser historisch schwerwiegenden Fehlentwicklung sind katastrophal. In diesen Tagen kommt aus Stuttgart-Untertürkheim die

Horror-Meldung:

Der Gewinn bei Daimler ist 2018 um fast ein Drittel eingebrochen! Durch die widerspruchslös von der EU übernommenen, förmlich „aus der Luft“ gegriffenen Abgas-Grenzwerte droht der deutschen Autoindustrie ein Niedergang mit dem Verlust erst zigtausender, dann hunderttausender und schließlich Millionen wertschöpfender Industrie-Arbeitsplätze. Das wird von grün-neomarxistischen Kräften nicht nur hingenommen, sondern vorsätzlich beabsichtigt, bis alle gleich arm sind. Bis auf die politische Führung. Sie ist dann noch gleicher – auch das kennt man aus der deutschen Geschichte sattsam.



Sozialistischen Ideologen ist der Individualverkehr mit Autos seit jeher ein Dorn im Auge. Frau Merkel, im real existierenden Sozialismus aufgewachsen, steht als Rädelsführerin an vorderster Front beim Marsch Deutschlands in den Abgrund und die Bedeutungslosigkeit. Der auf ihren Befehl hin erfolgte Einmarsch hunderttausender meist junger muslimischer Männer trägt durch schleichende Islamisierung das seinige zum Untergang bei.

Düstere Aussichten Deindustrialisierung - Stromversorgung gefährdet

Die allmähliche Deindustrialisierung unseres Heimatlandes geht mit einer völlig verantwortungslosen Energiepolitik einher. Merkels kopflöser Atomausstieg - wieder einmal per Selbstermächtigung am Parlament vorbei verordnet – war 2011 erst der Anfang. Gerade jetzt hat die von der Regierung eingesetzte Kohlekommission beschlossen, dass Deutschland bis spätestens Ende 2038 aus der Stromgewinnung durch Kohle aussteigen soll, freilich ohne die Frage zu beantworten, welcher zuverlässige grundlastfähige Energieträger an die Stelle der Kohle treten könnte.

Wettbewerbsnachteil: Deutscher Strompreis Spitze

Das wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit international schädigen. Kohle ist ein vergleichsweise günstiger Energieträger. Wie das Fraunhofer-Institut vorrechnet, liegen die niedrigsten Produktionskosten von Kohlestrom bei 4,59 Cent pro Kilowattstunde (Braunkohle), beziehungsweise bei 6,27 Cent pro Kilowattstunde (Steinkohle). In der Vergangenheit waren die Kosten für die Produktion für Strom aus sogenannte „Erneuerbaren Energien“ teilweise deutlich höher. Eine Studie aus dem Jahr 2015 etwa beziffert die Kosten für eine Kilowattstunde Strom aus Offshore-Windanlagen mit 11,9 bis 19,4 Cent, Strom aus Solaranlagen mit bis zu 18 Cent. Durch Wind und Sonne gewonnene Energie lässt sich nicht speichern, Kohle hingegen ist jederzeit verfügbar und einsatzbereit.

Die deutschen Strompreise liegen überdies im Vergleich schon lange weit über dem europäischen Durchschnitt. 2017 hat Deutschland nun auch den ersten Platz des sogenannten Eurostat Rankings erreicht. Mit einem durchschnittlichen Strompreis von 30,5 Cent pro Kilowattstunde (Cent/kWh) führt Deutschland diese Negativ-Liste an. Der europäischen Statistik zufolge müssen Stromkunden in Deutschland mehr als doppelt so viel bezahlen wie ihre Nachbarn in Tschechien (14,4 Cent) und in Polen (14,6 Cent). Aber auch Frankreich ist mit 16,9 Cent/kWh im Vergleich sehr günstig gefolgt von Österreich mit 19,9 Cent.

Abschaltkosten in

DDR-Planwirtschafts-Manier verteilt

Die horrenden Abschaltkosten des „Kohlekompromisses“ werden in zentralverwaltungswirtschaftlicher DDR-Manier über Entschädigungszahlungen, Strompreissubventionen und Ersatzarbeitsplätze Unsummen verschlingen. Die Zeche zahlt

wie immer: Der deutsche Steuerzahler. Von den volkswirtschaftlichen Verlusten durch Industrieabwanderungen und die unnötige Preisgabe der Kernenergie-Technologie, in der Deutschland einmal weltweit führend war, ganz zu schweigen. Mit der pervertierten Energie-Planwirtschaft wird Mobilität und sichere Energieversorgung künftig zum teuren Luxusgut für Privilegierte.

Damit wird Deutschland in den kommenden Jahren zwei bedeutende Energieträger verlieren. Der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 ist beschlossene Sache - aktuell kommen noch rund 12 Prozent des Energiemixes aus Atomkraftwerken. Erheblich größer ist der Anteil des Stroms, der in Stein- und Braunkohlekraftwerken erzeugt wird: Sie liefern etwa 36 Prozent der in Deutschland benötigten Energie.

Nachbarn setzen auf Kohle und Kernkraft – Gutmensch atmet deutsche Luft

In unserem Nachbarland Polen hingegen wird die Verstromung aus Kohle weiter ausgebaut. Polens Energiewirtschaft ist zu gut 80 Prozent von der Kohle abhängig. Im ganzen Land sind zehn neue Kohlemeiler geplant, wovon sich fünf bereits im Bau befinden. Aber der deutsche Gutmensch-Michel atmet ja nur gute saubere, weil deutsche Luft. Nota bene: Unser Anteil am weltweiten Ressourcenverbrauch und den Kohlendioxidemissionen ist viel zu gering, um mit sämtlichen deutschen Kohle-, Energie- und Verkehrswenden die Welt „retten“ zu können.

In Deutschlands Nachbarländern und den aufstrebenden Volkswirtschaften baut man also Kohle- und Kernkraftwerke um die Wette, der politisch enteignete deutsche Gebrauch-Diesel läuft in Osteuropa weiter, wo man sich über billige Qualitätsautos freut, und französische,

tschechische und polnische Atom- und Kohlekraftwerke stehen Gewehr bei Fuß, wenn Deutschlands Windmühlen und Solarspiegel mal wieder stillstehen oder unter einer Schneedecke begraben sind. Die Ruhrkohle-AG demontiert derzeit unter politischem Druck stillgelegte Kohlemeiler und Kokereien, verkauft sie nach China und baut sie dort eins zu eins wieder auf. Dort laufen sie dann als Chinas modernste Anlagen weiter.

Konkurrent Frankreich freut sich über deutsche Gutmenschen-Aussteiger

Über diese Gründlichkeit in Sachen „Energiewende bis es quietscht“ kann man sich in Frankreich nur wundern aber auch freuen. Während Merkel also alle deutschen Atomkraftwerke bis 2022 abschaltenwill, laufen bei unseren westlichen Nachbarn zunächst alle 58 Kernkraftwerke, die bis heute rund drei Viertel des französischen Stroms produzieren, weiter. Erst 2015 beschloss die Regierung in Paris, den Atomstrom-Anteil am Energiemix von fast 75 auf 50 Prozent zu senken. Die Franzosen sind zwar unsere Freunde aber industriepolitisch Konkurrenten. So freut sich die dortige Industrie, dass jenseits des Rheins in Deutschland der Strompreis fast doppelt so hoch ist wie im eigenen Land.

Die wirtschaftlichen Aussichten sind in Deutschland schon jetzt deutliche eingetrübt. Aber der der deutsche Gutmensch-Michel – so wie er sich mehrheitlich im Deutschen Bundestag repräsentieren lässt – schaufelt sich tatsächlich sein eigenes Grab. „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“ – eine Einsicht, die es bei der anstehenden Europawahl am 26. Mai und den Kommunalwahlen zu widerlegen gilt: Denn Deutschland hat eine Alternative: Die Alternative für Deutschland.



Asylbewerber schleppen Krankheiten ein Tuberkulose in Baden-Württemberg – Krätze wieder auf Vormarsch

Forscher des Forschungszentrums Borstel haben entdeckt, dass Migranten einen Tuberkulose-Erreger nach Europa tragen, der gegen die herkömmliche Antibiotika-Therapie multiresistent ist. Ihnen sei es „gelingen, einen Europaweiten Ausbruch eines multiresistenten „Mycobacterium tuberculosis“ Stammes bei 29 Flüchtlingen aus dem Horn von Afrika nachzuweisen“, wie es in einer Pressemitteilung heißt.

Die 29 untersuchten Patienten seien in sieben europäischen Ländern gefunden worden – 14 Erkrankte seien in Baden-Württemberg registriert. Weitere Fälle könnten hinzukommen, sagte Forschungsleiterin Katharina Kranzer Welt Online. Zwischen Infizierung und Ausbruch der früher als Weiße Pest bekannten Krankheit können je nach Alter und Abwehrstärke Jahre liegen.

Den Wissenschaftlern aus Borstel zufolge, wiesen die untersuchten Daten darauf hin, dass sich die resistenten TBC-Patienten „vor der Ankunft in Europa in einem libyschen Flüchtlingscamp bei Bani Waleed“ angesteckt hätten. Rund 1,4 Millionen Menschen starben im Jahr 2012 nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation weltweit an Tuberkulose – die Krankheit steht damit an Platz eins der tödlichsten bakteriellen Infektionskrankheiten weltweit. Laut Oxfam (ein internationaler Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen) ist rund ein Drittel der Weltbevölkerung mit dem TBC-Bakterium infiziert.

Das Forschungszentrum Borstel ist das Lungen-Forschungszentrum der Leibniz-Gemeinschaft. Es erforscht zivilisationsassoziierte Erkrankungen wie Asthma und Allergien, andererseits Infektionen der Lunge, vor allem die Tuberkulose (TB). Seit Beginn der muslimischen Masseninvasion nach Deutschland hat es immer wieder Berichte über angeblich exotische Krankheiten gegeben, die eigentlich als ausgerottet galten. Laut Robert-Koch-Institut (RKI) wurden im Jahr 2016 in Deutschland 5 915 Tuberkulosefälle gemeldet. Die Fallzahlen liegen rund 29 Prozent höher als im Jahr 2014 (4 533 Meldungen). Im Tuberkulose-Bericht von 2016 heißt es:

„Die Analyse nach Geburtsland zeigt, dass der Anteil der im Ausland geborenen Patienten in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist und im Jahr 2016 rund drei Viertel (74,3 Prozent) aller registrierten Fälle ausmacht. Zu den 2016 am häufigsten angegebenen Geburtsländern zählen Somalia, Eritrea, Afghanistan, Syrien und Rumänien.“

TBC ist nicht die einzige nach Europa und Deutschland wiederkehrende Krankheit. Im Infektionsepidemiologischen Jahrbuch meldepflichtiger Krankheiten für 2016 heißt es: „Durch den vermehrten Zuzug von Asylsuchenden sowie zum Teil durch deren Screening werden Krankheiten, die in den Herkunftsländern häufiger auftreten, auch im deutschen Meldesystem häufiger erfasst, beispielsweise Hepatitis B, HIV, Malaria und Tuberkulose. Hier kann ein Teil des Anstiegs der Fallzahlen in den Jahren 2015/16 im Vergleich mit den Vorjahren vermutlich zu einem gewissen Anteil auf die Migrationsbewegungen zurückgeführt werden.“

Auch eine andere in Deutschland längst besiegte Krankheit ist wieder auf dem Vormarsch: Die Hauterkrankung „Krätze“ (Skabies). Das Robert-Koch-Institut stellt dazu fest: „Migrationsbewegungen von vielen Menschen verlangen in Bezug auf die Skabies besondere Wachsamkeit.

Einerseits stammen insbesondere Asylsuchende häufig aus Ländern, in denen die Prävalenz (Krankheitshäufigkeit) der Skabies hoch ist, andererseits erhöhen die Verhältnisse während der Flucht das Risiko, dass Krätzemilben von einer Person auf andere Personen übertragen werden. Drittens handelt es sich bei diesen Personen häufig um Kinder und Jugendliche und damit eine besonders vulnerable (anfällige) Bevölkerungsgruppe. Vermutlich ist die Prävalenz von Skabies bei ankommenden Flüchtlingen höher als in der hiesigen Bevölkerung“.

Sorge bereitet mit Blick auf von Asylbewerbern begangene Sexualstraftaten in Deutschland aber auch ein Bericht aus Libyen (Quelle „La Voce del Trentino“): Der Leiter der Polizeibehörde gegen die illegale Einwanderung in Kufra im Südosten von Libyen, Mohammed Ali ad Fadhil, wird mit den Worten zitiert, dass seine Männer „zahlreiche Fälle von AIDS unter den Einwanderern in den Haftanstalten gefunden“ hätten. Auf der libyschen Informationswebsite „Wasat“ erklärte Fadhil, dass „der lokale Rote Halbmond Bluttests an 1050 illegalen Migranten in Kufra durchgeführt habe. Es habe sich herausgestellt, dass in 400 Fällen eine Infektion mit dem HIV-Virus vorlag. Viele andere der untersuchten Migranten litten demnach an Hepatitis B.



Umsiedlungsprojekt für Migranten jeglicher Art Massen-Invasions-Pakt beschlossen – Jetzt die CDU/CSU verlassen

Der Bundestag hat jetzt – wider besseres Wissen – mit der Mehrheit der aus CDU/CSU und SPD – den Antrag von Union und SPD zum Migrationspakt Global Compact of Migration (GCM) mehrheitlich durchgewinkt und damit den Beitritt Deutschlands zum Massen-Invasions-Pakt beschlossen. Dass sich ein Großteil unserer europäischen Nachbarn aber auch die USA, Israel und Australien einem Beitritt verweigern, scherte die Welcome-Truppe um Merkel nicht. Völlig unverständlich ist das Abstimmungsverhalten von FDP und Grünen, die sich offensichtlich darauf geeinigt hatten, sich geschlossen zu enthalten.

So beiläufig, als wäre es um die Novelle irgendeiner nachrangigen Steuerverordnung gegangen, wurde die Zustimmung zum Migrationspakt erteilt. Eine wirkliche Debatte darüber gab es nicht, weder inner- noch außerparlamentarisch. Gegner des Invasionspaktes wurden als Rechtspopulisten diskreditiert. Der GCM ordnet und steuert Migration nicht, sondern weitet sie uferlos und chaotisch aus. Ordnende Instrumente entfallen mit dem GCM ersatzlos. Kein Fluchtgrund, kein Asylgrund, keine Qualifikation sind mehr nötig, um einzuwandern, keine Papiere, keine Legalität. Jeder darf kommen. Der Pakt – angeblich völlig unverbindlich – propagiert die „voraussetzungslose Migration“. Er ist nichts anderes als eine verantwortungslose Einladung zur weltweiten Völkerwanderung nach Deutschland ohne Obergrenze. Andere Länder sind weder willens noch in der Lage, Standards der Versorgung, vergleichbar den deutschen, einzuführen, wie uns die Befürworter stets vorgaukelten.

Nun sollen sogar „Klimaflüchtlinge“ anerkannt werden. Hunderttausende illegale Migranten genießen hierzulande schon jetzt, wovon der normale Bürger nur träumen kann: Das bedingungslose Grundeinkommen. Nach Status des Migranten soll in diesem gigantischen Umsiedlungsprogramm nicht mehr unterschieden werden. Sozialleistungen – wie Freibier – für alle. Negative Effekte werden absichtlich ausgeblendet. Migration sei Quelle von Wohlstand und Innovation, hören wir von den Befürwortern. Dieser Wohlstand kostet Deutschland bis zu 50 Milliarden Euro pro Jahr. Die Gegenleistung in Gestalt einer angeblichen Innovation zeigt sich leider viel zu häufig in Messerkriminalität und Gruppenvergewaltigungen.

Von Zurückweisung an den Grenzen findet sich im Text kein Wort. Gemäß dem Merkel-Credo werden Legalität und Illegalität verwischt. Die Grundrichtung, die Deutschland nach dem schwarzen Merkel-Invasions-Herbst 2015 eingeschlagen hat, führt uns in eine Zukunft, die das Land zu einem überwiegend orientalisch-afrikanischen Siedlungsgebiet machen wird. Alles, was der GCM abstrakt und angeblich normativ-sinnvoll an Verfahren zur „geordneter“ Migration beinhaltet, bedeutet bezogen auf Deutschland nichts anderes als einen nun auch international absegneten Masterplan zur ungehemmten Einwanderung mehrheitlich von Muslimen aus afrikanischen, arabischen und vorderasiatischen Failed States, also Staaten, die ihre grundlegenden Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Hier wird nicht etwa die hochqualifizierte Arbeitsmigration durch indische Softwarespezialisten oder koreanische Ingenieure global standardisiert, sondern es wird eine Armutsmigration unterentwickelter Anspruchsteller legitimiert. Deshalb hat das Abkommen für Deutschland als Hauptzielland natürlich auch eine völlig andere Brisanz als für die allermeisten der Mitunterzeichnerländer.



Dass man sich keine große Hoffnung mehr machen kann, den UN-Migrationspakt noch stoppen zu können, zeigte das Abstimmungsverhalten der meisten Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU im Deutschen Bundestag. Nur vier Abgeordnete der beiden Schwesterparteien stimmten gegen den Pakt. Die restlichen über 200 Unions-Abgeordneten folgten Merkel wie dem Rattenfänger von Hameln. Deutschland ist reif für den Wechsel. Jetzt ist die Zeit, Farbe zu bekennen, die Islamisierung Deutschlands aktiv zu bekämpfen mit einem Engagement in der AfD. Der einzigen Alternative für Deutschland.

Informationsfahrt nach Berlin Besuch im Bundestag

Den Bundestag von innen sehen?

Plenardebatten live erleben?

In einen gemeinsamen Austausch treten?

All dies und vieles mehr bietet Ihnen ein dreitägiger Besuch mit uns im Deutschen Bundestag.

- Führung durch den Bundestag
- Blick über Berlin
- Debatten live erleben
- Besuch der Kuppel
- Besuch von Ministerien
- Politische Stadtrundfahrten

Die nächsten geplanten Termine:

31.03. - 02.04.2019

30.06. - 02.07.2019

03.11. - 05.11.2019

Die rechtzeitige Buchung ist unbedingte Voraussetzung für einen freien Platz.

E-Mail: lothar.maier.ma01@bundestag.de

Telefon: +49 30 227-73367

Ablaufplan der nächsten Fahrt

31.03. - 02.04.2019

unter anderen sind geplant:

- Führung durch den Bundestag
- Besuch der Russischen Botschaft
- Besuch im Außenministerium
- Ständige Vertretung von Baden Württemberg
- Mittagessen im Fernsehturm
- Besuch der Kuppel

UN-Klima-Bürokraten in Kattowitz „Internationale Klimapolitik verteilt de facto das Weltvermögen um“

Es braust ein Ruf wie Donnerhall, erhört von 30 000 Teilnehmern, die zum Welt-Klima-Zirkus der Vereinten Nationen anreisen. 2.000 Nicht-Regierungs-Organisationen waren bei der 24. UN-Klimakonferenz (COP24) akkreditiert. Das Spektakel dauerte zwei Wochen. Nicht weniger als das Klima zu ändern, lautet das hehre Ziel.

Auch in Kattowitz war es wie immer. Der drohende Weltuntergang wurde im Vorfeld beschworen und es sei schon fünf nach zwölf. Auch Klima gab es schon immer. Prima-Klima aber nie. In der guten alten Zeit hat man's genommen, wie es kam. Gutes Wetter, schlechtes Wetter, Winter mal mit Schnee, mal ohne, Sommer mit Hitze oder mit Regen und so weiter. Designer-Menschen aus dem Reagenz-Glas und Klima-Steuerung – was für eine Hybris einer durchsäkularisierten Welt, in der sich der Mensch selbst als Maß aller Dinge sieht.

Wer regeln will, muss sagen was. Das Klima also. CO₂ ist als Ursache allen Übels ausgemacht. Was aber belegt, dass Kohlendioxid schuld am Klimawandel ist? Nichts. Dieses Dogma duldet keine Zweifel, Widerspruch zwecklos und Häresie: Menschengemachtes Kohlendioxid führe zur katastrophalen Erwärmung und durch Manipulation des CO₂-Gehalts lasse sich das Klima „schützen“.

Doch was als unerschütterliche Wahrheit streng wissenschaftlich daher kommt, entpuppt sich als geschickte, ja geniale Propaganda, sobald man andere Quellen als die im Mainstream bemüht: Es

gibt aus den vergangenen Jahren rund 800 wissenschaftliche Veröffentlichungen, die die CO₂-Treibhausthesen widerlegen.

„Alle Parteien der Industriestaaten, ob rechts oder links, werden die CO₂- Erderwärmungstheorie übernehmen. Dies ist eine einmalige Chance, die Luft zum Atmen zu besteuern. Weil sie damit angeblich die Welt vor dem Hitzetod bewahren, erhalten die Politiker dafür auch noch Beifall. Keine Partei wird dieser Versuchung widerstehen.“ Dies prophezeite schon 1998 Nigel Calder, der vielfach ausgezeichnete britische Wissenschaftsjournalist, langjähriger Herausgeber vom „New Scientist“ und BBC-Autor.

Eine Debatte über die wirklichen Ursachen für den Klimawandel gibt es im politischen Deutschland nicht. Da wird einfach erklärt: „Der Ausstoß von Treibhausgasen führt zur Erderwärmung, das ist weitgehend unstrittig“, so Otmar Edenhofer, der Chefökonom und Vizedirektor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Internationale Klimapolitik sei keine Umweltpolitik, sagte Edenhofer, schon 2010 in der NZZ. „Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um“.

Klima ist ein komplexes, dynamisches und multifaktorielles System, und diese Systeme lassen sich prinzipiell nicht vorhersagen. Und natürlich wandelt sich das Klima, das hat es schon immer getan. Und ja, wärmer ist es auch geworden. Hatten wir vor kurzem doch noch eine kleine Eiszeit. Menschliche Tätigkeit beeinflusst vieles

auf der Erde, auch das Klima. Aber wir Menschen sind nur einer von vielen Faktoren. Absurd ist die Vorstellung, dass ein einziger Parameter, nämlich das durch menschliche Tätigkeit freigesetzte Kohlendioxid, ausreicht, um die globale Temperatur beeinflussen zu können.

Folgerichtig findet man auch in der geologischen Vergangenheit kaum Perioden, wo Temperatur und Kohlendioxidgehalt im Gleichschritt laufen. Im Übrigen hat ein steigender CO₂-Gehalt in der Luft die Vegetation weltweit kräftig zuwachsen lassen. Zudem: Wir haben 0,038 Prozent CO₂ in der Luft der Atmosphäre. Vier Prozent dieses 0,038prozentigen CO₂-Anteils in der Luft ist ‚anthropogen‘, also vom Menschen verursacht. Das sind 0,00152 Prozent der gesamten Luftmenge

Der Atmosphärenphysiker Richard Lindzen, vormals Professor für Meteorologie am Massachusetts Institute of Technology (MIT), hat das absurde Theaterstück „Klimapolitik“ jüngst präzise und umfassend in einem Satz beschrieben: „Da haben wir's. Eine unwahrscheinliche Annahme, gedeckt durch Falschaussagen und ständig wiederholt, ist zu politisch korrektem ‚Wissen‘ geworden und dient dazu, die industrielle Zivilisation umzustürzen.“

In Kattowitz wollten die Klimaschutzbürokraten an die Stelle bloßer Absichten klare Regeln setzen. Aus „weichen Absichtsbekundungen“ entstände dann „schnell hartes Recht“. So formulierte es der Völkerrechtler Matthias Herdegen jüngst – allerdings bezogen auf die derzeit aktuelle Diskussion um den ach so unverbindlichen Migrationspakt. Parallelen sind unverkennbar.

Viele der Vertragsstaaten der Pariser Klimakonferenz von 2015 sehen offenbar die Dringlichkeit eines „Klimaschutzes“ eher weniger vorrangig. Augenscheinlich dämmert es so mancher Regierung, dass CO₂-Abgaben, Steuererhöhungen oder steigende Strompreise schädlich für Wirtschaft und Gesellschaft sind. Die amerikanische Regierung hat sich deshalb schon vom Paris Abkommen verabschiedet. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron muss derzeit erleben, welche soziale Brisanz teure Maßnahmen zum sogenannten Klimaschutz entfalten.



Bildung: Deutschland fällt zurück

Zahl der Abiturienten steigt stetig, weil die Anforderungen sinken

Die Zahl der Abiturienten in Deutschland steigt stetig. Der Grund dafür liegt aber nicht darin, dass die jungen Leute immer intelligenter werden, sondern die Anforderungen zum Erwerb der Hochschulreife parallel dazu stetig gesunken sind. Der Bildungsforscher Rainer Bölling bestätigt dies. Er sieht in den „gestiegenen Abiturquoten ein starkes Indiz dafür, dass die Anforderungen gesunken“ sind.



Mit diesem Befund korrespondiert die Tatsache, dass nach der PISA Studie für das Jahr 2015 Deutschland hinsichtlich der Lesekompetenz aller OECD Staaten nur an neunter Stelle liegt. Spitzenreiter ist Kanada, gefolgt von Finnland und Irland. Die höhere Zahl der Abiturienten führt dazu, dass die Zahl der Studienanfänger seit Jahren ebenfalls stetig steigt. Seit 2013 sind das in Deutschland rund 500 000 pro Studienjahr. Nach einer Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung brachen ein Drittel der Studienanfänger der Jahre 2012 und 2013 ihr Bachelorstudium ab. Gründe sind laut Deutschem Zentrum für Hochschule und Wissenschaft häufig Leistungsprobleme.

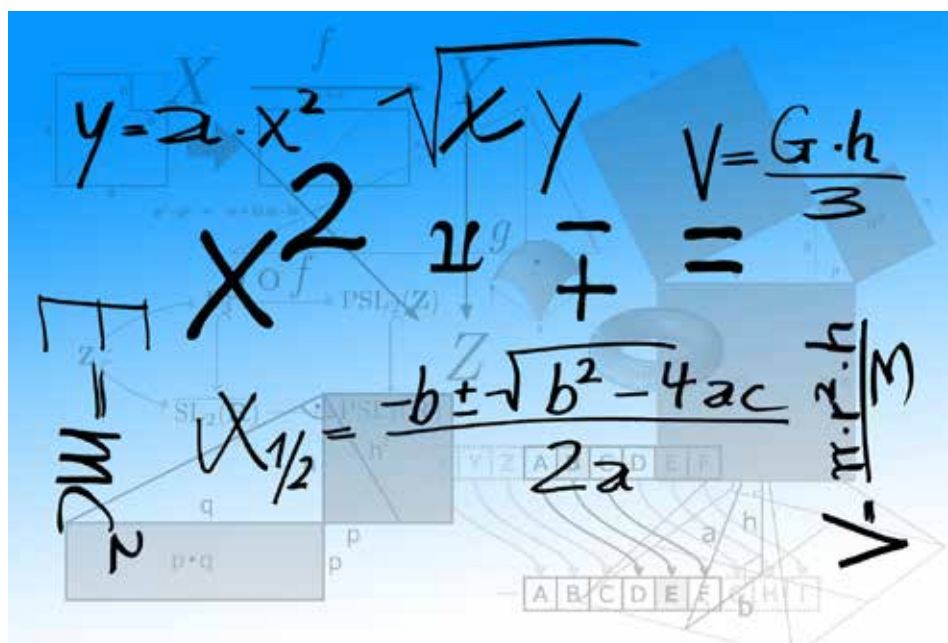
Die hohe Studienabbruchquote ist alarmierend, denn sie geht zu Lasten der Steuerzahler, ohne dass dafür eine entsprechende Gegenleistung durch eine volkswirtschaftliche Leistung von Hochschulabsolventen erbracht wird. Die Studienabbrecher werden von den Steuerzahlern mit Milliardenbeträgen, übrigens auch von Lehrlingen und Gesellen, subventioniert. Laut einer Studie des Statistischen Bundesamtes kostet ein Studienplatz im Jahr durchschnittlich rund 7.140 Euro. Demzufolge kosten Studienabbrecher den Steuerzahler jährlich rund eine Milliarde Euro.

Im „Nationalen Bildungsberichts 2018“ heißt es, dass die Integration der neu zugezogenen Migranten und Asylbewerber, insbesondere aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, für das deutsche Bildungssystem eine, so wörtliche, „besondere Herausforderung“ darstellt. Nur elf Prozent der ab 18-jährigen aus dieser Gruppe können einen Hochschulabschluss vorweisen. Der freilich dürfte unserem Standard nicht genügen. 76 Prozent hingegen verfügen über gar keinen Abschluss. Es ist davon auszugehen, dass der große Anteil dieser schlecht oder gar nicht ausgebildeten jungen Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben wird.

Es ist empirisch belegt, dass insbesondere Schüler aus der Türkei, arabischen und afrikanischen Staaten einer intensiven pädagogischen Betreuung bedürfen und danach trotzdem die von ihnen erzielten Bildungserfolge deutlich hinter denen von deutschen Schülerinnen und Schülern oder auch von Schülern aus der EU oder asiatischen Ländern zurückbleiben.

19 Prozent „Bildungsferne“ Mütter (viele davon mit Migrationshintergrund) bekommen überdies deutlich mehr Kinder Bildung ist die tragende Basis einer Gesellschaft, die wie Deutschland nicht über eigene Rohstoffe verfügen kann. Zu wenige und vor allem auch zu schlecht ausgebildete junge Menschen werden nicht in der Lage sein, die Werte zu erwirtschaften, die notwendig sind, den Sozialstaat auch in Zukunft zu erhalten und den Generationenvertrag zu erfüllen.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den Empfehlungen im „Nationalen Bildungsbericht 2018“ zu folgen, um ein gerechteres und leistungsorientierteres Bildungssystem zu schaffen. Um die absehbare Bildungskatastrophe zu verhindern, muss künftig bei der Migrationssteuerung sowohl der Bildungsstand als auch die Bildungsfähigkeit als Maßstab und Entscheidungskriterium zugrunde gelegt werden. Die Erfahrungen restriktiv verfahrenender Einwanderungsländer wie Kanada und Australien sind dabei



Sorgen bereitet für die Zukunft die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. Sie liegt bei diesen Frauen mit 26 Prozent weiterhin sehr hoch. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und komplex. Fest steht laut einem Gutachten des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V. aus dem Jahre 2017 – dass Hochschulabschlüsse unmittelbar zu niedrigen Geburtenraten führen. Im Gegensatz dazu ist die Kinderlosigkeit bei Nicht-Akademikerinnen wesentlich niedriger. Sie beträgt bei ihnen

zu berücksichtigen. Akademikerinnen muss es durch geeignete Förderprogramme ermöglicht werden, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Der Bund muss außerdem gemeinsam mit den Ländern Konzepte entwickeln, die eine qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung gewährleisten. Die Länder müssen dabei bei der Umsetzung dieser Konzepte finanziell ausreichend unterstützt und im Bundeshaushalt 2020 entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Feinstaub-Lüge: Raucher müssten tot umfallen

Immer mehr Mainstream-Medien berichten über die Feinstaub-Lüge

„Hart aber fair“, „BILD“, „Focus“, „Stern“ und andere Medien berichten in den vergangenen Tagen über die Feinstaub-Lüge, auf deren Grundlage deutsche Gerichte auf Betreiben der dubiosen Deutschen Umwelthilfe in immer mehr Städten Fahrverbote für Diesel verhängen. Die Wahrheit bahnt sich seinen Weg: Aktueller Anlass ist eine Stellungnahme von über 100 Lungenfachärzten zum Thema NOx (Stickstoffoxid) und Feinstaub:

https://www.lungenaerzte-im-netz.de/fileadmin/pdf/Stellungnahme__NOx_und__Feinstaub.pdf

Darin bestätigen die Pneumologen, was die Alternative für Deutschland schon lange thematisiert: Die hierzulande auftretenden NOx- und Feinstaubwerte sind nicht gesundheitsschädlich! Es gebe „derzeit keine wissenschaftliche Begründung für die aktuellen Grenzwerte für Feinstaub und NOx“. Bislang wurde im Mainstream die Behauptung erhoben, dass die Lebenserwartung in Deutschland aufgrund der Luftverschmutzung reduziert werde. Unter Berufung auf Daten insbesondere der Weltgesundheitsorganisation (WHO) – die frei erfunden und nicht einmal fundiert geschätzt sind – wurde argumentiert, durch Stickstoffverbindungen (NOx) in der Luft gebe es bis zu 13.000 und durch Feinstaub bis zu 80.000 zusätzliche Sterbefälle pro Jahr.

An diese Zahlen knüpft das neue Papier an, das vom Lungenmediziner Dieter Köhler, dem ehemaligen Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie (DGP), und drei Ko-Autoren verfasst wurde. Etwa die gleiche Anzahl an Menschen in Deutschland sterbe im Jahr an Lungenkrebs, der durch Zigarettenrauch bedingt wurde, und an chronisch obstruktiver Lungenerkrankung (COPD). „Lungenärzte sehen in ihren Praxen und Kliniken diese Todesfälle an COPD und Lungenkrebs täglich; jedoch Tote durch Feinstaub und NOx, auch bei sorgfältiger Anamnese, nie. Bei der hohen Mortalität müsste das Phänomen zumindest als assoziativer Faktor bei den Lungenerkrankungen irgendwo auffallen.“

Köhler hält darum die Grenzwerte, die per EU-Verordnung erlassen wurden, für „völlig unsinnig“. „Wenn man die Belastung, der ein Zigarettenraucher ausgesetzt ist, mit der angeblichen Belastung durch Feinstaub vergleicht, müsste eigentlich jeder Raucher binnen weniger Wochen tot sein“, sagte Köhler. „Ich hätte keine Bedenken, an der schmutzigsten Straße Stuttgarts zu wohnen, auch nicht bei geöffnetem Fenster. Nur der Lärm würde mich stören“, erklärte der Mediziner. Der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm sei nicht gefährlich. Ein Raucher nimmt laut Köhler über 200.000 Mikrogramm pro Kubikmeter auf, wenn er

eine Zigarette konsumiert. „Und er fällt ja nicht tot um.“ Beim Kochen von Spaghetti auf zwei Gasflammen würden nach 15 Minuten 1.500 Mikrogramm Stickoxid erreicht.

Zugleich drangen die DGP-Ärzte auf eine Neubewertung der Studien. Es gebe derzeit „keine wissenschaftliche Begründung für die aktuellen Grenzwerte“, hieß es in der Stellungnahme. Die Ärztegruppe kritisierte, die Daten zur Gefährdung von Luftverschmutzung seien „extrem einseitig“ interpretiert worden. Andere Faktoren wie Lebensstil, Rauchen, Alkoholkonsum oder Bewegung hätten weitaus stärkere Auswirkungen auf Krankheitshäufigkeit und Lebenserwartung.

Köhler sprach von einer „Ideologisierung“ der Debatte über die Gesundheitsgefährdung durch Feinstaub. Die Kritik der Ärzte bezieht sich auf Studien, in denen Wissenschaftler unter anderem des Helmholtz-Instituts in München und der Berliner Charité Krankheiten und Lebenserwartung von Regionen mit unterschiedlicher Feinstaub- oder Stickoxidbelastung verglichen.

Die nun veröffentlichte Gegenposition der DGP solle ein Anstoß für die notwendige Forschung und „eine kritische Überprüfung der Auswirkungen von Stickoxiden und Feinstaub“ sein. Mit der Enthüllung der Feinstaub-Lüge durch Lungenfachärzte wird die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte mit ihren enormen volkswirtschaftlichen Folgen (Enteignung von Diesel-Besitzern durch Fahrverbote, massive Schädigung der deutschen Automobilindustrie) selbst dem rechtstreuesten Bürger immer schwererer vermittelbar, denn die Gerichte beziehen sich blind auf EU-Recht, das von frei-erfundenen Werten eine Gesundheitsgefahr ableitet, die es gar nicht gibt.

Hier stellt sich wirklich die Frage, warum die deutsche Bundesregierung ihre Fürsorge-Pflicht gegenüber dem deutschen Volk so sträflich vernachlässigt, statt aktiv in Brüssel gegen die Feinstaub-Lüge mit ihren fatalen Folgen für die deutsche Rechtsprechung zu kämpfen.



Aussichten in Deutschland verdüstern sich Wirtschafts - Abschwung - Welcome-Wahnsinn Erblast für Zukunft

Gegenwart und Zukunft - auf beides blicken die Chefetagen deutscher Unternehmen zunehmend pessimistisch. Der Index der Wirtschaftsforscher des Ifo-Instituts fällt heuer auf den tiefsten Stand seit fast drei Jahren. Die deutsche Wirtschaft startet so mit verdunkelter Perspektive ins neue Jahr. Das Barometer für das Geschäftsklima sank im Januar von 101,0 auf 99,1 Punkte, wie das Münchner Ifo-Institut zu seiner monatlichen Umfrage unter rund 9 000 Managern erklärte. Das ist bereits der fünfte Rückgang in Folge und der niedrigste Wert seit Februar 2016. Ökonomen hatten lediglich mit einem Rückgang auf 100,6 gerechnet.

"Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Abschwung", sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Die Führungskräfte beurteilten ihre Geschäftslage schlechter, ebenso die Aussichten für die kommenden sechs Monate. Das Ifo-Institut hat kürzlich seine Konjunkturprognosen für Deutschland kräftig gesenkt. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte demnach 2019 nur noch um 1,1 Prozent zulegen.

Laut "Handelsblatt" hat auch die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr nach unten korrigiert. Im neuen Jahreswirtschaftsbericht wird nur noch ein Plus von 1,0 Prozent erwartet. In ihrer Herbstprognose war die Bundesregierung noch von einem Plus von 1,8 Prozent ausgegangen - auch das war bereits eine Herabsenkung. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte vor einigen Tagen seine Prognosen für die Weltwirtschaft und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland vorgestellt. Demnach geht der Fonds für die Bundesrepublik in diesem Jahr von einem Wachstum von 1,3 Prozent aus - im Oktober hatte er noch mit 1,9 Prozent gerechnet.

Diese Entwicklung hatte sich bereits Ende des vergangenen Jahres angedeutet. Im dritten Quartal war beim BIP ein Minus von 0,2 Prozent zu verzeichnen. Für das gesamte Jahr 2018 ist das BIP dann nur noch um 1,5 Prozent gewachsen. Das ist deutlich weniger als 2016 und 2017 mit einem Wirtschaftswachstum von jeweils 2,2 Prozent. Mit 1,5 Prozent fiel das BIP 2018 damit auf die sogenannte Potential-Wachstumsrate zurück. Diese Kennzahl beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts unter durchschnittlich hoher Auslastung der Produktionskapazitäten.

Die Aussichten Deutschlands trüben sich also ein. Verteufelung des Individualverkehrs, also des Automobils, planmäßige Demontage der deutschen Automobilindustrie durch Brüsseler Schadstoff-Grenzwerte, die frei erfunden sind, oder aber die von Merkel unterstützte Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die den deutschen Sparern 2018 einen Verlust von fast 40 Milliarden Euro bescherte, all das führt zur Vernichtung des deutschen Wohlstands.

Hinzu kommen Euro-Rettung, Energiewende und Investitions-Stau und vor allem auch die Massen-Invasion überwiegend junger muslimischer Männer. Merkels-Welcome-Wahnsinn ist eine gigantische Erblast für kommende Generationen. Die Kanzlerin hinterlässt nach Experten-Schätzungen den beiden folgenden Generationen zusätzliche Belastungen von

3 700 Milliarden bis 4 700 Milliarden Euro (über zehnmal so viel wie ein gesamter Bundeshaushalt eines Jahres). Zum Vergleich: der gesamte Bundeshaushalt für 2018 hat ein Gesamtvolumen von 365,4 Milliarden Euro. Allein die Zuwanderung des Jahres 2015 belastet das Sozialsystem in den nächsten 50 Jahren mit 1 500 Milliarden Euro - also in der Summe so viel wie das Gesamtvolumen von vier Bundeshaushalten zusammen.

Der Stellenwert, den die Merkel-Regierung der Zuwanderung, sprich Umvolkung, beimisst zeigt sich daran, dass im Bundeshaushalt für „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ 10,3 Milliarden Euro ausgegeben werden. Für die Zuwanderung aber doppelt so viel: „Flüchtlingsbezogenen Belastungen“ beziffert das Bundesfinanzministerium für 2019 mit 22,2 Milliarden Euro. 2018 sind es nach aktuellem Stand 20,8 Milliarden Euro und im Jahr 2017 waren es 20,7 Milliarden. Tendenz also steigend.

Der sich jetzt abzeichnende wirtschaftliche Abschwung Deutschlands gibt wegen der ungedeckten Wechsel, die uns die Merkel-Regierungen hinterlässt, Anlass zur Sorge. Wer politisch nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ nur auf Sicht fährt handelt verantwortungslos und versündigt sich an kommenden Generationen.



Polizisten im Visier

Zahl linksextremistisch motivierter Verbrechen steigt um 98 Prozent

Die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten in Deutschland ist von 2012 bis 2017 um sage und schreibe 98 Prozent gewachsen. Verzeichneten die Behörden 2012 noch 3 229 solcher Taten waren es fünf Jahre später 6 393. Auch Extremismus-Forscher warnen aktuell ausdrücklich vor der Gewalt von „links“, die aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und in Deutschland unterschätzt werde. Gewalt ist Gewalt. Sie ist weder von „links“ oder von „rechts“ durch absolut nichts zu rechtfertigen.

Tatsache aber bleibt, dass die Gewalt von links in den vergangenen Jahren stets deutlich höher gewesen war als die von rechts. Diese Feststellung belegen die amtlichen Statistiken des Bundeskriminalamtes (BKA): 2017 hat das BKA 1 130 rechts-motivierte Gewalttaten registriert und 1 967 links-motivierte. Auch in den Jahren zuvor liegen die politisch motivierten Gewalttaten von links zahlenmäßig stets über denen von rechts. 2016 etwa sind 1 698 Gewalttaten von rechts gezählt worden und 1 702 von links. Die Zahlen für 2015 fielen noch deutlicher zulasten der Linksextremisten aus: 2 246 Gewalttaten von links und 1 485 von rechts hat damals das Bundesinnenministerium verbucht.



Die linksextremistischen Verbrecher haben bei ihren Taten vor allem die Polizei und die mit der Sicherheit der Bürger betrauten Sicherheitsbehörden im Visier. Die Zahl linksextremistischer Gewalttaten gegen Polizei- und Sicherheitsbehörden ist 2017 im Vergleich zum Vorjahr um über 65 Prozent gestiegen. Der Anteil von Gewalttaten gegen Polizei- und Sicherheitsbehörden (1 135) im Vergleich zur Gesamtzahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten beträgt ganze 68,9 Prozent, wie die Zahlen des aktuellen Bundesverfassungsschutzes ausweisen.

Danach werden linke Gewaltverbrechen hauptsächlich gegenüber Repräsentanten des Staates, wie etwa gegen Polizisten, begangen. Die Verbrecher bezeichnen das höhnisch als „legitimierte Notwehrhandlung“.

Polizisten sind das personifizierte Hauptfeindbild dieser Links-Kriminellen. Die Hemmschwelle, Polizeibeamte zu verletzen, sinkt seit Jahren. Auch vor Brandstiftungen gegen Polizeifahrzeuge und –gebäude, in denen sich Menschen befinden, schrecken die Täter nicht zurück. Dass dabei Menschen zu Schaden kommen können, wird billigend in Kauf genommen.

Trauriger Höhepunkt dieser erbarmungslosen Gewalt in jüngster Zeit: Die Ausschreitungen des G20-Gipfels in Hamburg. Anfang Juli 2017 wurden dabei über 231 Einsatzkräfte zum Teil schwer verletzt. Viele von ihnen leiden noch heute an den Verletzungen, die ihnen die Links-Verbrecher zugefügt haben. In übelster SA-Manier wurden damals Polizeibeamte von Linksextremisten mit „Bildfahndung“ regelrecht ausgeschrieben. 54 Polizisten haben Linksextremisten bei einem anderen Einsatz (Räumung eines Szeneobjekts) fotografiert und in Form von nachempfundenen Fahndungsplakaten im Internet abgebildet. In diesem Aufruf dazu heißt es – in Originalorthografie: „(...) anlässlich der Hetzjagd auf Teilnehmer_innen des Hamburger Aufruhrs gegen den G20 erneuern wir unser Bekenntnis zum Kampf gegen den Staat, gegen die Faschistischen Organisationen wie die Polizei (...). Anlässlich der Hetzkampagne (...) haben wir uns entschieden, Bildaufnahmen von 54 Polizeibeamt_innen zu veröffentlichen, die im letzten Jahr daran beteiligt waren, die Rigaer 94 zu räumen. Wir freuen uns über Hinweise, wo sie wohnen oder privat anzutreffen sind. Neben der Teilnahme an der Räumung können sie bedenkenlos für die Gewalt der drei Wochen der Belagerung verantwortlich gemacht werden.“ Die Rigaer Straße 94 ist ein widerrechtlich besetztes Haus in Berlin-Friedrichshain.

Diese Denunziationen nach Nazi-Methoden führten beispielsweise dazu, dass Mitte Mai vergangenen Jahres 60 Maskierte das Grundstück eines Polizisten nach einer Demonstration in Niedersachsen stürmten und dessen Familie „zur Vergeltung“ für einen Polizeieinsatz in einem

widerrechtlich besetzten Haus bedrohten. Ein Beispiel unter mehreren.

Im Bereich des Linksextremismus ist eine zunehmend bundesweite Vernetzung, Mobilisierung und Koordinierung zu beobachten. Besonders einflussreich ist dabei die „Interventionistische Linke“ (IL), die laut Verfassungsschutz eine regelrechte Radikalisierungsstrategie betreibt. Dies „IL“ steht an vorderster Front auch hinter der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“. Mit Aktionsbündnissen versuchen Linksextremisten dabei, tagespolitische Themen – zum Beispiel das Thema „Klima- und Umweltschutz“ – aufzugreifen, diese nachhaltig in der Szene zu verankern und ihre Anschlussfähigkeit an das einschlägige noch demokratische Spektrum zu stärken.

Von Grünen und anderen neomarxistischen Gruppen sind bis jetzt dazu keine glaubhaften Distanzierungen bekannt. Insgesamt kann die Untätigkeit der Bundesregierung trotz Warnungen von Polizei- und Sicherheitsbehörden gegenüber Linksextremisten nicht länger hingenommen werden. Zum Erhalt der Glaubwürdigkeit und der Handlungsfähigkeit der Politik sowie der staatlichen Institutionen muss daher konsequent in alle Richtungen, gegen alle Formen gewaltbereiter, extremistischer Strömungen vorgegangen werden.

Wir haben dazu im Bundestag einen Gesetzentwurf vorgelegt. Darin fordern wir unter anderem die Bundesregierung auf, gegen gewaltbereite linksextremistische Bündnisse, Vereine und sonstige Organisationen, die unter dem Deckmantel des Vereins- und Demonstrationsrechtes offensichtlich organisiert regelmäßig Straftaten gegen den Staat, seine Einrichtungen sowie seine Repräsentanten oder Dritte verüben oder zu solchen aufrufen, nachhaltiger und konsequenter mit mehr Personal- und Mittel vorzugehen. Zudem müssen konkrete Möglichkeiten für Vereinsverbote, die auch gegen Internetplattformen gerichtet sein müssen, ernsthaft geprüft und schnell umgesetzt werden. Dringender Klärungsbedarf besteht aber auch bei der Frage, inwieweit mit Bundesmitteln Programme und Organisationen gefördert werden, deren Mittel dann mittelbar dem Linksextremismus zufließen.

Ist Grünen-Hermann noch bei Trost? Zwei Drittel junger Syrer Analphabeten – Ausbildung zu Lokführer?

Grün heißt Träumen. Saubere Flüsse, grüne Wiesen. Alle Menschen sind gleich. Sein Geschlecht kann man sich herausuchen. Nicht der liebe Gott schuf Mann und Frau. Der Grünen-Gutmensch macht das selbst. Der Strom kommt aus der Steckdose, deshalb brauchen wir weder Atomkraft noch Kohle. Der Wind, der Wind das himmlische Kind wird's schon richten. In grünen Seelen strahlt immer die Sonne, warum nicht auch auf Solarzellen? Autos? Nein danke! Es könnte alles so schön (grün) sein, wenn, ja wenn da nicht immer die blöden Fakten wären. Baden-Württembergs Verkehrsminister Hermann, Grüner durch und durch, träumt deshalb auch gerne, natürlich Grün.

Szenenwechsel. In Deutschland gibt es die Bahn, selten pünktlich. Schlimmer noch: Der Bahn fehlen aktuell 1 000 Lokomotivführer. Tendenz steigend, weil die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Da kam Hermann die Idee, „Flüchtlinge“ zu Lokführern auszubilden! Ein neuer Grüner Traum für eine neue bessere grüne Welt! Integration à la Jim Knopf und Lukas! Grün sein, frei sein, immer moralisch erhaben auf der „richtigen“ Seite stehen und träumen dürfen, von „Flüchtlingen“ auf dem Lok-Führerstand.

Wenn da nur nicht wieder die blöden Fakten wären. Die liefert im konkreten Fall Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München: Wößmann belegt anhand von Untersuchungen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die die Schulbildung in insgesamt 81 Ländern miteinander vergleichen, unter ihnen auch Staaten wie Syrien oder Albanien, dass in Syrien 65 Prozent der Schüler nicht den Sprung über das, was die OECD als Grundkompetenzen definiert, schaffen. In Albanien liegt die Quote bei 59 Prozent – gegenüber 16 Prozent in Deutschland.

Den zwei Dritteln der jungen Syrer, die nach internationalen Bildungsstandards als funktionale Analphabeten gelten müssen, wird laut Wößmann zumeist die nötige Ausbildungsreife für die deutschen Betriebe fehlen.

Das heißt, so Wößmann weiter, dass zwei Drittel der Schüler in Syrien nur sehr eingeschränkt lesen und schreiben können, dass sie nur einfachste Rechenaufgaben lösen können. Und das bedeutet, dass diese Schüler in Deutschland – selbst wenn sie Deutsch gelernt haben – kaum dem Unterrichtsgeschehen folgen können. Vom Lernstoff her hinken syrische Achtklässler im Mittel fünf Schuljahre hinter etwa gleichaltrigen deutschen Schülern hinterher.



Bei den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) veranstalteten Befragungen der Zuwanderer sind die erteilten Antworten Selbstauskünfte. Die meisten Flüchtlinge haben keine Unterlagen, die den vorgegebenen Bildungsstand belegen könnten. Diese Selbstauskünfte sind keine tatsächlich erhobenen Kompetenzen. Da geben laut Wößmann die Menschen oft mehr an, weil sie hoffen, dass sie bessere Chancen bekommen. Darüber hinaus ist die Befragung freiwillig, und nur rund die Hälfte hat überhaupt geantwortet – das dürfte die Angaben deutlich verzerren.

Außerdem beziehen sie sich auf den Besuch, nicht aber den Abschluss eines Bildungsganges. Und schließlich gibt es Unterschiede bei der Qualität der Bildung. Das Bildungsniveau syrischer Schüler beispielsweise liegt im Durchschnitt vier bis fünf Jahre hinter dem deutscher Schüler zurück. Unter diesen Umständen wundern Zahlen der Handwerkskammer für München und Oberbayern nicht, die zeigen, dass 70 Prozent der Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak ihre Berufsausbildung innerhalb von zwei Jahren abgebrochen haben. Es wird also für viele schwierig sein, auf dem Arbeitsmarkt anzukommen.

Die Ausbildung zum „Triebfahrzeugführer“ dauert rund zehn Monate. Erwartet wird von Bewerbern, dass sie mindestens 20 Jahre alt sind, über einen Haupt- oder Realschulabschluss (natürlich nach deutschem Standard) und über nachzuweisendes technisches Grundverständnis verfügen oder eine berufliche Vorbildung besitzen. Fließend deutsch sprechen, lesen und schreiben zu können ist selbstverständliche Voraussetzung, häufig wird der Besitz von Führerschein und eigenem Auto erwartet.

Integration à la Jim Knopf und Lukas wird angesichts der Fakten weitgehend ein Grüner Traum bleiben, tut uns leid Herr Hermann. Man fragt sich aber trotzdem, ob der Grüne Verkehrsminister noch recht bei Trost ist oder nur seine Grüne Gutmenschen-Klientel mit neuen Fantasereien füttern wollte? Wen nur die blöden Fakten nicht wären. Ohne die Realität könnte die Welt doch soooo grün sein. . . .



Bürgerdialog

Liebe Freunde und Interessierte, wenn Sie sich mit Herrn Professor Lothar Maier, MdB in seinem Wahlkreisbüro austauschen möchten wenden Sie

sich bitte an die E-Mail Adresse: lothar.maier.ma01@bundestag.de um einen persönlichen Termin zu koordinieren.

„Dank“ frei erfundener EU-Grenzwerte EU mindert Wohlstand – VW: E-Autos für Geringverdiener zu teuer?

Was wird man wohl in zwei Generationen über Deutschland sagen? Eine Nation, die sich durch Fleiß, Erfindergeist und Qualität „Made in Germany“ an die Spitze der Weltwirtschaft gesetzt hat. Wirtschaftswunder mit Ludwig Erhard, Wohlstand für alle plötzlich kein Traum mehr, individuelle Mobilität auch für mittlere und kleine Einkommen, mit dem Käfer über die Alpen: Italien!

100 Jahre später: Aus und Vorbei. Deutschland als stolze Nation untergegangen, Siedlungsgebiet für Zuwanderer aus aller Herren Länder, Muslime stellen die Mehrheit der Bevölkerung. Christen werden ausgegrenzt, das Land ist wirtschaftlich ausgeplündert und ausgebeutet. Beherrscht von anderen. Schwarzmalerei? Mitnichten. Wer immer noch nicht begriffen hat, was die Brüsseler Gleichmacher mit uns vorhaben, möge am Beispiel des kollektiven Gutmenschen-Wahnsinns „Elektro-Mobilität“ die Zeichen zu deuten wissen:

Mit dem Umstieg auf Elektroautos drohe auch bei VW ein Ende des für Kleinverdiener erschwinglichen "Volkswagens". Das deutete Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch im Gespräch gegenüber der "Welt am Sonntag" an. Menschen mit niedrigem Einkommen dürften sich seinen Worten zufolge künftig vor die Frage gestellt sehen, ob sie sich ein Auto überhaupt noch leisten können. "Das könnte ein Thema werden", sagte Pötsch. "Wir haben das klare Ziel, die Elektro-

mobilität auch für breite Bevölkerungsschichten zugänglich, das heißt erschwinglich zu machen." Dies werde bei Einstiegsfahrzeuge aber zweifellos schwierig.

Der „Volkswagen“ also, Symbol des neu erreichten Wohlstandes für ein durch die Weltkriegskatastrophe geschundenes Volk künftig nur noch etwas für Besserverdienende? Italien ade? Und das alles nur wegen Brüsseler Vorgaben mit frei erfundenen Grenzwerten für „Schadstoffe“ wie CO₂ und NO_x (Stickstoffoxid). Autos nur noch für Reiche. Unsozialer geht's nicht. Unsere Regierung folgt willfährig dem Brüsseler Diktat und führt sein eigenes Volk mit der Klima-Lüge hinter Licht.

Denn: Kohlendioxid (CO₂) ist ein natürliches Gas, das von allen Lebewesen produziert wird. Es ist aber auch ein Produkt industrieller Produktion und Energiegewinnung. Allerdings ist der vom Menschen in die Luft ausgestoßene Anteil an Kohlenstoffdioxid verschwindend gering. Vulkane produzieren beispielsweise mehr CO₂ als alle Fabriken, Flugzeuge und Autos auf der Welt zusammen. Noch mehr davon stammt von Tieren und Bakterien, die zusammen 23-mal so viel CO₂ ausstoßen wie der Mensch. Sterbenden Pflanzen wiederum produzieren mehr CO₂ als Tiere, insbesondere im Herbst. Die mit Abstand größten CO₂-Erzeuger überhaupt sind aber die Ozeane. In den Ozeanen ist etwa 50mal mehr Kohlenstoff

enthalten als in der Atmosphäre, das dann bei Erwärmung freigesetzt wird.

So vernichtet diese Regierung also auf der Basis der EU-Klimalüge Volksvermögen, indem sie als Brüsseler Erfüllungsgehilfe die meisten Diesel-Autos zu klimaschädlichem Schrott erklärt. Betroffen sind Fahrzeuge, die zum Teil erst drei, vier Jahre alt sind. Diese Regierung lässt es zu, dass in Deutschland künftig nur noch Besserverdienende und Reiche Auto fahren können. Vielleicht den Tesla (Model 3, ab 55 400 Euro) beispielsweise oder den Kleinwagen BMW i3 (ab 38 000) oder doch den super schicken BMW i8 Coupé (ab 138 000 Euro)?

Festzuhalten bleibt, dass die Luft in Deutschland noch nie so sauber war wie heute. So sind die Stickoxidemissionen (NO_x) des Straßenverkehrs in Deutschland seit 1990 um rund 70 Prozent zurückgegangen obwohl die Verkehrsleistung im gleichen Zeitraum um 50 Prozent zugenommen hat. In den vergangenen 15 Jahren ist der Schadstoffausstoß von Dieselmotoren um 84 Prozent und der von Benzinmotoren um 60 Prozent gesenkt worden, wie das an Eigeninteressen unverdächtige Fraunhofer-Institut in Dresden testiert.

Chinesen und Inder blasen zusammen fast 40 Prozent der weltweiten CO₂-Produktion in die Luft, während die deutschen Emissionen seit 1990 sinken und heute gerade einmal zwei Prozent der Weltbilanz ausmachen. Das bedeutet: Die vielen deutschen Windräder, Solaranlagen, Energiesparbirnen und der Rückgang beim Kohlebergbau haben auf die Erderwärmung null Auswirkung.

Die Alternative für Deutschland ist die einzig vernehmbare Stimme in Deutschland, die diese Wahrheiten benennt und ausspricht. Man fragt sich, wann kommt der Volksaufstand in Deutschland gegen diese beispiellose Volksverdummung? Wo sind unsere „Gelbwesten“? Wie kann es sein, dass immer noch 31 Prozent der Menschen in Deutschland eine zur linkssozialistisch-grün mutierten Gruppierung namens CDU/CSU wählen, sich dabei ihre Autos, ja ihren Wohlstand nehmen lassen und dabei noch glauben, genau das richtige zu tun? Massenwahn gibt es nicht nur beim kollektiven Suizid von Lemmings. Massenwahn hat Deutschland nicht nur einmal ins Unglück gestürzt.



Deutschland im Winter 2019

41,65 Milliarden für „Flüchtlinge“ – 1,2 Millionen sind wohnungslos

Der Winter hat Einzug gehalten in Deutschland. Hie und da fällt Schnee. Nichts Schöneres als bei eisigen Temperaturen in der warmen Stube zu sitzen und in wohligen Kerzenschein Eissterne am Fenster bei einer heißen Tasse Tee zu bewundern. Wer nicht muss, bleibt da lieber zuhause. Aber was ist, wenn man gar kein Zuhause hat, bei Wind und Wetter im Freien leben muss, dauererkältet, ohne ausreichende ärztliche Versorgung mit einer Flasche Schnaps, um die Trostlosigkeit dieser Lage vergessen zu machen?

Rund 1,4 Millionen sogenannter Flüchtlinge bleibt dieses Schicksal weitgehend erspart. Überall im Land entstanden schicke Unterkünfte, die gelegentlich schon von ihren „Gästen“ in Brand gesetzt wurden. 41,65 Milliarden Euro war diese Fürsorge dem deutschen Steuerzahler 2017 und 2018 insgesamt wert. Wie wir in unserer Bilanz

des Grauens über den Jahreswechsel und die vergangenen Jahre sehen mussten, werden diese Anstrengungen leider allzu häufig mit Mord, Messerattacken, Vergewaltigungen und Belästigungen gedankt.

In Deutschland gibt es 1,2 Millionen Wohnungslose und weitere zehntausende Obdachlose. Das Straßenbild deutscher Großstädte legt ein beredtes Zeugnis davon ab. Sie alle können von warmen Stuben an kalten Wintertagen nur träumen.

Und die Merkel-Regierung? Hat davon natürlich keine Ahnung. In der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende AfD-Anfrage heißt es auf die Frage nach dem aktuellen Ausmaß der Wohnungs- und Obdachlosigkeit: „Der Bundesregierung liegen keine amtlichen Erkenntnisse über das aktuelle Ausmaß der Wohnungslosigkeit, des drohenden Wohnungsverlustes und der

Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik vor“.

Wer ein Problem nicht zur Kenntnis nimmt, kann es freilich auch nicht lösen. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung ein Programm, um auf Bundesebene eine in einer zentralen Erfassung fundierte Statistik zum Ausmaß, der Struktur und dem Verlauf der Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu erhalten. Eine bundesweite Statistik ist dringend geboten, um den Bedarf für den sozialen Wohnungsbau als Teil der Wohnbauförderung zu ermitteln, zumal die Mehrzahl der Bundesländer nicht über entsprechende amtliche Statistiken verfügt und viele Kommunen mit dieser zusätzlichen Aufgabe auch finanziell überfordert sind. Vergessen wir nicht, dass ein beträchtlicher Teil der wohnungs- und obdachlosen Menschen in Deutschland Deutsche sind, deren Wohl uns an erster Stelle am Herzen liegen sollte.

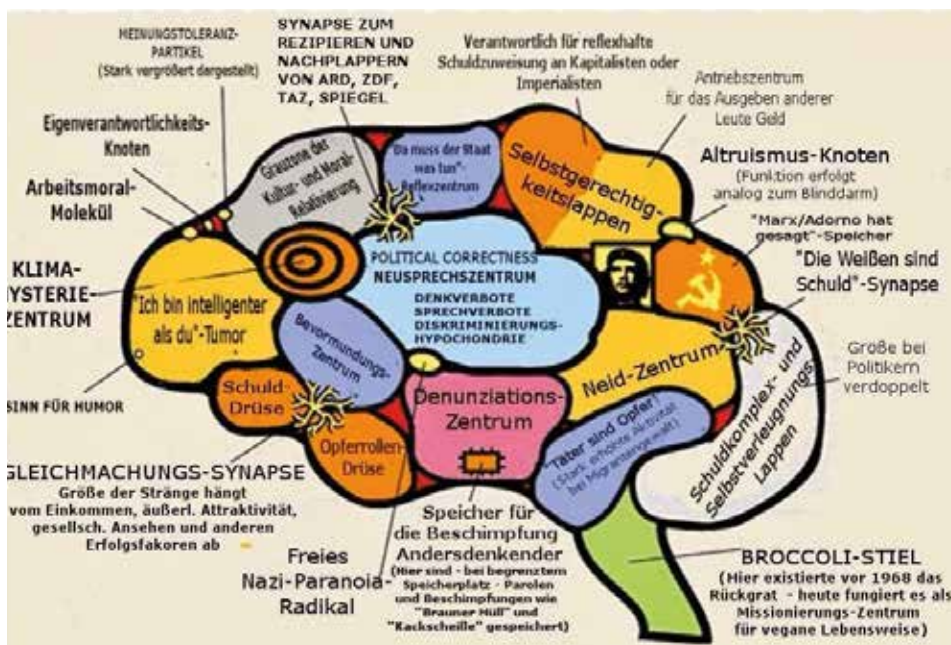
Was ist eigentlich ein Gutmensch? Gutmensch fühlt sich erhaben, ist ständig betroffen und moralisiert

„Erfunden“ hat den „Gutmensch“ Bertolt Brecht in seinem Lehrstück der „Gute Mensch von Sezuan“. Leider ist der Phänotypus des „Gutmenschen“ mit dem aktuellen Schicksal der Bundesrepublik Deutschland aufs tragischste verbunden, denn eine Mehrheit, wie sie sich in der Sitzverteilung des Deutschen Bundestages spiegelt, verkörpert erschreckend genau die Typologie, die uns Wiki-Mannia (<http://de.wikimannia.org/Gutmensch>) näher erläutert. Als lebendiger Beweis der folgenden Thesen macht uns ein Blick in die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betroffen und traurig. Wer spontan aufschreit: „Genau wie Claudia Roth!“ darf sich lautstarker Betroffenheit sicher sein, denn: Getroffene Hunde...

Der Gutmensch fühlt sich aufgrund eingebildeter höherer moralischer Einsichten und Lebensweise über andere Menschen erhaben. Gutmenschen halten sich für die einzig anständigen Menschen und sind sehr leicht dabei, andere Menschen, die nicht ganz ihrem moralischen und politischen Ideal entsprechen, als unmenschlich zu diffamieren. Gutmenschen sind Moraliserer, peinlich genau in jeder Äußerung und Gralshüter der Political correctness. Ihr Maß an moralischer Gutheit und politischer Korrektheit erwarten sie

auch von anderen. Charakteristisch für Gutmenschen ist die Betroffenheitsmiene und die Nazikeule. Gutmenschen sind ängstlich bedacht, auf "der richtigen Seite" zu stehen. Sie wollen das "gute Gewissen" der Nation sein. Besonders in Deutschland fühlen sie sich berufen, an die "Kollektivschuld der Deutschen" aus der Nazi-Diktatur zu

erinnern. Mit ihrer vorwurfsvoll moralischen Argumentation übergehen sie sachliche Einwände und legen ihr Hauptaugenmerk auf eine naive Einteilung der Welt in Gut und Böse. In dieser dualistischen Weltansicht sehen sie überall Opfer, denen geholfen werden muss, und Bösewichte, die bekämpft werden müssen.



Klima-Schwindel mit schwammiger Basis

Auch Wunsch-Temperatur ist willkürlich - Was ist „vorindustriell“?

Wer sich auf den Weg machen will, hat ein Ziel im Auge. Wer ein Ziel ansteuert, muss wissen, wo der Weg beginnt. Anders kann weder auf hoher See, im Gebirge oder zu Lande nicht navigiert werden. Übrigens verhält es sich im wirklichen Leben ebenso – Berufsplanung oder gute Vorsätze beispielsweise. Eine Binsenweisheit – könnte man meinen. Die aber scheint bei den Klima-Fantasten in aller Welt noch nicht angekommen zu sein. Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur müsse im Vergleich zum Ausgangspunkt auf deutlich unter zwei Grad begrenzt werden, beschlossen die Mitglieder der „UN-Klimakonvention“ 2015 in Paris. Wieder einmal hatte ein frei erfundener Grenzwert das Licht der Welt erblickt!

Wenn dies nicht gelinge, drohe der Weltuntergang. Der Mensch als Weltenlenker bestimmt also, dass die Erdtemperatur nur „deutlich unter zwei Grad“ zu steigen habe. Da wären wir beim Ausgangspunkt. Welcher Ausgangspunkt? Im Vergleich zu „vorindustriellen“ Werten. Aha. Nur wann war das genau? In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (England)? Oder doch eher Mitte des 20. Jahrhunderts (Europa, Nordamerika)? Fest steht dass Thomas Newcomen 1712 die Dampfmaschine erfand. Also nehmen wir 1712. Nur wie war damals das Wetter? In Deutschland jedenfalls beginnen die Wetteraufzeichnungen erst 1861. Bis zum späten 19. Jahrhundert wurden Temperatur-Messwerte, sofern sie überhaupt vorlagen, von Postkurieren ausgetauscht. Für die weitere Entwicklung der Meteorologie war dann im späten 19. Jahrhundert der Morsefunk ein großer Fortschritt.

„Die großräumige und systematische Erfassung von Lufttemperaturen im Sinne meteorologischer Messreihen begann erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“, erfährt man aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD. Festzuhalten bleibt, dass die Klima-Fantasten keinen Bezug haben. Weder zur Realität noch zum Ausgangspunkt ihrer Wunsch-Temperatur. Zu den Tatsachen: Die aktuelle globale Mitteltemperatur des Jahres 2016 wurde im ZDF am 19. Januar 2017 auf Grund von Informationen der Weltorganisation für Meteorologie in Genf (WMO), mit 14,83 °C (Grad Celsius) benannt. Dies sei das angeblich wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnung, wurde die WMO zitiert.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages stellte aber schon 1990 (und auch 1996 eine Temperatur von bereits 15,4 °C beziehungsweise 15,3 °C fest. Der bekannte Klimaforscher Mojib Latif berichtet in seinem Buch „Herausforderung Klima“ von 2007 von 15,6 °C. Im Ravensburger Schulbuch „Klimawandel“ von 2008 wird eine Zahl von 15,9 °C genannt. Daraus muss gefolgert werden, dass gegenüber dem Anfang 2017 veröffentlichten Wert von nur 14,84 °C, die globale Mitteltemperatur offensichtlich stark gesunken ist. Da es sich bei dem 2017 veröffentlichten Wert um „das wärmste Jahr seit Aufzeichnung“ handeln soll, liegt der Trend nochmals darunter. Ein Blick zurück.

The image shows the chemical formula CO₂ rendered in a stylized, textured font. The letters are dark green with a lighter, moss-like texture, and the '2' is a simple black superscript. The background is white.

Die Klima-Lüge basiert auf dem CO₂-Wahn. Während 1974 in den Massenmedien noch eine einbrechende Eiszeit propagiert wurde, herrscht seit 2007 Untergangsstimmung in Richtung globale Erderwärmung. CO₂ war als Ursache – zur Freude der Atom-Industrie - ausgeguckt. Seit der sogenannten unwiderlegbaren „Keelingkurve“ aus dem Jahr 2000 weiß man aber, dass der CO₂ - Gehalt in der Atmosphäre von etwa 365ppm (Parts per Million - das wären also etwa 0,0365%) auf jetzt knapp über 400ppm (entsprechend 0,0400%) angestiegen ist. Es wäre dann eine exorbitante Steigerung von 0,00005% in Parts per Million in 17 Jahren.

Derart minimale Werte in einer Größenordnung von Milliardstel beeinflussen sich nicht das Weltklima. Es gab Zeiten in der Geschichte der Erde, in denen wir drei- bis zehnmal so viel CO₂ in der Atmosphäre hatten wie heute. Wenn CO₂ einen Effekt auf das Klima hätte, würde man es in einer Eisschicht-Untersuchung, einer so genannten Temperatur-Rekonstruktion, sehen und das ist nicht der Fall.

Kohlendioxid ist ein natürliches Gas, welches von allen Lebewesen produziert wird, es ist aber auch

ein Produkt industrieller Produktion und Energiegewinnung, wobei der vom Menschen in die Luft ausgestoßene Anteil an Kohlenstoffdioxid verschwindend gering ist. Der vom Menschen verursachte Anteil beträgt rund drei Prozent. Vulkane produzieren beispielsweise mehr CO₂ als alle Fabriken, Flugzeuge und Autos auf der Welt zusammengenommen.

Den Klima-Fantasten sei ins Stammbuch geschrieben, im 20. Jahrhundert erwärmte sich die Erde um ein halbes Grad Celsius, der größte Teil davon geschah vor 1940, als die Industrialisierung (und den damit verbundenen Ausstoß von CO₂) noch gar nicht wirklich begonnen hatte, und die meisten Länder über gar keine Kohlendioxid produzierende Industrie besaßen. Zur Zeiten des ökonomischen Booms in der Nachkriegszeit bis 1980 sank die globale Durchschnittstemperatur sogar. Die Fakten zeigen also genau das Gegenteil von dem, was laut Theorie der globalen Erderwärmung der Fall sein müsste.

Und schließlich: In der Geschichte der Erde gab es viel kältere, aber auch viel heißere Zeiten. Urwälder überzogen die Erde in einer Epoche, und in der nächsten verwandelte sich die Erde in einen Eisplaneten. Das Klima hat sich schon immer verändert, auch ohne das Zutun des Menschen. Die sogenannte „Kleine Eiszeit“ begann im 14. Jahrhundert und endete vor erst 200 Jahren, zu einer Zeit, in der die Auswirkungen der Kälte bereits gut dokumentiert waren. Vor der „Kleinen Eiszeit“ gab es eine Ära, die als die „Mittelalterliche Warmzeit“ bekannt ist, in der es etwa 400 Jahre lang wärmer war als die Temperaturen, die wir heute gewohnt sind.

Die „Mittelalterliche Warmzeit“ war eine Zeit voller Reichtum und Entwicklung, es war die Zeit in der viele der heute noch verehrten europäischen Kathedralen entstanden. Heute wird im Gegensatz behauptet Temperaturerhöhungen hätten katastrophale Auswirkungen. Es wird behauptet, dass Eisbären erstmals in ihrer Geschichte davon bedroht sind zu ertrinken, weil die von ihnen benötigten Eisflächen verschwinden. Die Eisbären überstanden offensichtlich aber auch das Atlantikum, vor etwa 5.000 bis 9.000 Jahren, in der es dreitausend Jahre lang erheblich wärmer war als heute.

Quod erat demonstrandum

Da haben wir´s: „Unverbindliche“ Klimaziele sollen Gesetz werden

Da haben wir´s: Alles nur Absichtserklärungen, natürlich ganz unverbindlich, sozusagen nur zur Ansicht mit Rückgaberecht bei Nichtgefallen. Von wegen! Nach dem Kattowitz-Klima-Spektakel lässt Umweltministerin Schulze die Katze aus dem Sack: Nachdem auf der Klimakonferenz in Kattowitz „weltweit verbindliche Umsetzungsregeln für den Klimaschutz“ beschlossen worden seien, „brauchen wir jetzt auch in Deutschland mehr Verbindlichkeit beim Klimaschutz, damit wir das international Zugesagte auch wirklich umsetzen“, sagte Schulze der FAZ.

Und weiter: Deshalb werde sie Anfang nächsten Jahres ein Klimaschutzgesetz vorlegen. Darin werde dann „für alle Sektoren verbindlich festgelegt, was sie bis wann beitragen werden“. Mit dem Gesetz werde auch deutlich, „dass sich nicht nur die Umweltministerin für den Klimaschutz einsetzt, sondern die gesamte Bundesregierung“. Damit exerziert die SPD-Dame einen Masterplan, wie aus unverbindlichen Zielen plötzlich Gesetze werden.

Haben wir das nicht dieser Tage schon einmal vermutet? Richtig, der Global Compact for

Migration, GCM, alles unverbindlich, auch wenn sich darin über 80 Mal die Formulierung „Wir verpflichten uns...“ findet. Warum ist Merkel wohl als fast einzige Regierungschefin zur Verabschiedung des Paktes nach Marrakesch gereist?

Die Bundesregierung hatte erst kürzlich eingeräumt, dass sie seit 2016 eine treibende Rolle bei der Erstellung des Global Compacts gespielt hat. Sie hat dessen Ausgestaltung „inhaltlich, personell und finanziell“ vorangetrieben, damit die darin enthaltenen Normen für alle Unterzeichner „politisch bindend“ werden, hieß es im Auswärtigen Amt.

Was „politisch bindend“ bedeutet, konnten wir schon am Beispiel des Pariser Klimaabkommens beobachten. Dieses ebenfalls „rechtlich nicht verbindliche“ Papier wird von zahlreichen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) und Lobbygruppen dazu genutzt, öffentlichen Druck auf die Politik zu erzeugen, um die darin vereinbarten Ziele einzuhalten. Auf diesem Weg wird die faktische Umsetzung von rechtlich nicht bindenden Vereinbarungen erzwungen.

In einem nächsten Schritt erfolgt dann oft die Übernahme eines solchen „soft laws“ in das geltende Recht, wie es Roger Köppel treffend in der Schweizer Weltwoche formuliert hat: „Das Problem des weichen Rechts besteht darin, dass es die Tendenz hat, hart, betonhart zu werden.“

Eben diesen Prozess befürchten viele Staatsrechtler. Ulrich Vosgerau sagt in der ‚Jungen Freiheit‘ voraus, dass „nach der Unterzeichnung des Paktes jede aufenthaltsbeendende Maßnahme, jede Zurückweisung an der Grenze, von den einschlägigen NGOs und der sogenannten Asylindustrie (...) als Verletzung bindender Abkommen, internationaler Menschenrechtsstandards und der Vorgaben der UNO“ geißelt wird. Dann wird der Pakt eben „politisch bindend“ – wie von der Bundesregierung seit 2016 gewünscht und „inhaltlich, personell und finanziell“ vorangetrieben.

Wie das geht, erleben wir jetzt dank der schonungslosen Offenheit von Frau Schulze nach dem Kattowitz-Klima-Gipfel. Alles unverbindlich? Nein! Quod erat demonstrandum.

Jetzt drohen Systemparteien mit Verfassungsschutz

Politik-Establishment hat AfD inhaltlich nichts entgegenzusetzen

Schon lange drohen sie mit dem Verfassungsschutz – die Systemparteien im Deutschen Bundestag. Nach einem in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellosen Siegeszug einer jungen Partei in alle Landtage Deutschlands und sogar als stärkste Oppositionspartei in den Deutschen Bundesparteitag hat diese rot-grün-schwarze Melange der Blockparteien den inhaltlichen demokratischen Diskurs mit der AfD verloren.

Wir, die AfD haben Betrug und Lug einer Bundesregierung enttarnt. Fortgesetzter Rechtsbruch unter dem Deckmäntelchen „Euro-Rettung“, schleichende Islamisierung und deren Verharmlosung, Preisgabe deutschen Geistes- und Kulturgutes, willfährige Erfüllung Brüsseler Vorgaben mit ihren frei erfundenen Grenzwerten zur Vernichtung der deutschen Automobilindustrie mit ihren rund eine Million Arbeitsplätzen, versuchter Betrug durch Verschleierung der Hintergründe des Massen-Invasionspaktes

Global Compact for Migration (GCM) und so weiter und so fort.

Katastrophaler Höhepunkt dieser Politik zum Schaden Deutschlands und Europas ist die in einem Akt der Selbstermächtigung durch Merkel erfolgte Grenzöffnung für eine millionenfache – natürlich - illegale Invasion von muslimischen Migranten, überwiegend junge Männer in wehrfähigem Alter, aus sicheren Drittländern zu uns geströmt, darunter Messerstecher, Vergewaltiger und Mörder. Der September 2015 bleibt als Schwarzer Herbst in Merkel-Deutschland eine Hypothek auf Jahrzehnte. Diese verheerende Fehlentscheidung historischen Ausmaßes führte fast zum vollständigen Staatskollaps. Die Merkel-Regierung schafft Deutschland ab - sie führte unser blühendes Land sehenden Auges dem kulturellen, sozialen und schließlich wirtschaftlichen Abgrund entgegen. Das Ziel des Anti-Deutschen Merkel-Kurses: Austausch des deutschen Volkes und permissive Islamisierung.

All das wäre ohne die AfD im Deutschen Bundestag

nicht so sichtbar ans Tageslicht gekommen, da sich das Alt-Parteien-Establishment einer selbst gleichgeschalteten Medien-Hilfstruppe sicher sein kann, deren Redakteure sich zu zwei Dritteln politisch links-grün verorten. Die Merkel-Regierung hatte so mit den bisherigen Blockparteien im Bundestag leichtes Spiel. Mit ihrem an der Macht klebenden Opportunismus nickten sie bis zum Einzug der AfD alles brav ab, was Merkel und Konsorten in Hinterzimmern beschlossen hatten.

Die AfD wirkt. Diese Bundesregierung ist am Ende. Sie hat uns argumentativ nichts entgegenzusetzen. 2019 ist Wahljahr. Wir dürfen uns auf große Erfolge freuen. Jetzt umso mehr, da die Regierung in ihrer panischen Hilflosigkeit weiß, dass sie zur Rechenschaft gezogen wird. Deshalb packt sie die Verfassungs-Schutz-Keule aus. Es wird ihr aber nichts nützen. Deutschland musste es schmerzlich erleben, wohin es führt, politisch Andersdenkende zum Schweigen bringen zu wollen.....

Delegationsreise des Ausschusses für Wirtschaft und Energie nach Angola und Botswana

Vom 2.-9. Februar 2019 reiste eine siebenköpfige Delegation des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zu Gesprächen nach Angola und Botswana. In Vertretung eines verhinderten AfD-Kollegen gehörte ich zu der Reisegruppe des Bundestags. Zu den Aufgaben der Delegation gehörte es, sich

allem technischer Produkte in großem Umfang, wünscht sich aber mehr deutsche Investitionen in der Energieerzeugung und in der Verkehrsinfrastruktur. Große, bisher kaum erschlossene Kohlevorkommen sichern auch auf lange Sicht die Zahlungsfähigkeit des sympathischen Landes.

Aktionsfelder ist der Ausbau der Wasserkraft, über die das Land reichlich verfügt. Als Musterbeispiel dafür konnten wir das u.a. von der Firma Voith errichtete Großkraftwerk Cambambe besichtigen. Die Delegation wurde von mehreren Ministern, vom Parlaments- und vom Staatspräsidenten



Unterwegs in Botswana. Im Bild rechts neben mir der Delegationsleiter, Klaus Ernst.

über den Stand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den beiden Ländern zu informieren und Möglichkeiten für die Intensivierung und Ausweitung dieser Zusammenarbeit auszuloten.

Angola ist flächenmäßig (1.250.000 km²) noch größer, mit rund 28 Millionen Einwohnern (1960: rund 5 Millionen) aber auch stärker bevölkert. Der vom Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft (1975) bis 2002 dauernde Bürgerkrieg warf das

empfangen, ein Zeichen dafür, dass Angola sich viel von der wirtschaftlichen, aber auch der politischen Kooperation mit Deutschland erwartet, vor allem auf den Feldern der Energieerzeugung, des Verkehrswesens und der



Im angolanischen Parlament

Die Eindrücke in den Zielländern der Reise waren sehr unterschiedlich. **Botswana** ist ein flächenmäßig großes (500.000 km², etwa so groß wie Frankreich), nach Zahl der Einwohner (2 Millionen) kleines Land, das durch große Diamantenvorkommen reich geworden ist. Im afrikanischen Vergleich geht es den Menschen gut, es gibt keine Elendsviertel, die Infrastruktur ist gut ausgebaut. Das Land ist Importeur deutscher, vor

Land wirtschaftlich weit zurück. Nahezu einziges Exportgut ist Erdöl. Der Preisverfall beim Öl reduzierte auch die Staatseinnahmen drastisch, was u.a. zu einer Verschlechterung der Zahlungsmoral gegenüber ausländischen Unternehmen führte. Dies beklagten auch Vertreter der in Angola tätigen deutschen Groß- und Mittelunternehmen, betonten aber auch die großen wirtschaftlichen Chancen, die das Land bietet. Eines der wichtigsten

Verarbeitung der reichlich vorhandenen Rohstoffe (Öl, Eisenerz, Kupfer, seltene Erden usw.) im Lande selbst. Die Fortsetzung der Kontakte wurde verabredet.

Aufgrund der extrem dicht gesetzten Termine und der langen Reisezeiten sind solche Delegationsreisen sehr strapaziös, aber auch politisch höchst ertragreich.

Hilferuf Stuttgarter Realschulen “Merk dir meinen Namen, ich bin Harkan“

So berichtet die immerhin linksliberale Stuttgarter Zeitung, als ein Lehrer in eine Schlägerei auf dem Schulhof eingriff um die Streithähne zu trennen. Konsequenz: gleich null. Respektlosigkeit und fehlendes gemeinschaftliches Verhalten sind an der Tagesordnung. Ganz unschuldig ist die Lehrerschaft nicht. Das fängt schon damit an, dass Lehrer sich mit „du“ anreden lassen.

Die „Heterogenität“ der Schüler insgesamt, gern spricht man auch vom Schülermix, stellt das Hauptproblem dar. Viele können nur mangelhaft Deutsch. An Fachunterricht wie Mathe und Deutsch ist bei vielen gar nicht zu denken, sie müssen erst einfachstes Sozialverhalten erlernen. Hinzu kommen nur schwer unterrichtbare Inklusionskinder. Und die Zusammenarbeit mit Eltern scheitert oft an dem völligen Fehlen deutscher Sprachkenntnisse. Statt Bildungsaufgaben

müssen Lehrer Erziehungsaufgaben übernehmen. Dabei werden sie von auffälligen und abgehängten Schülern beschimpft und bedroht. Ohne Schulsozialarbeit geht nichts mehr. Die Überlastung der Lehrkräfte ist ein Dauerzustand. Die Krankheitsrate ist hoch. Ersatzlehrer für Pflichtunterricht wie Deutsch und Mathe: Fehlanzeige.

Die Stuttgarter Realschulen sind ein Auffangbecken für eigentliche Hauptschüler geworden. Nur 55% der Schüler haben eine Grundschulempfehlung für die Realschule. Die Politik hat aus Hauptschulen Sonderschulen und aus Realschulen Hauptschulen gemacht. Der Realschullehrerverband warnt vor Niveauverlust. Das ist in erster Linie grün-roten Vorgängerregierung zu verdanken. Sie hat die Schulpolitik ideologisch indoktriniert und das erfolgreiche Schulsystem des Landes heruntergefahren.

Mit dem Ruf nach mehr Lehrern und mehr Geld werden die Probleme nicht gelöst. Die Hauptschulen müssen aufgewertet und eine verbindliche Schulempfehlung wieder eingeführt werden. Auch Ausländerklassen müssen nach Bedarf möglich sein.

Die Aussichten: Die Lehrer warnen, „schon bei dieser Generation der Realschulabgänger wird sich der niedrige Bildungsstand bemerkbar machen.“ Und das wird schon im nächsten Schuljahr sein. Wenn sie dann auf den Arbeitsmarkt kommen, sind das schlechte Aussichten für unseren Fachkräftebedarf.



Lothar Maier auf AfD Demo in Stuttgart Diesel- Fahrverbote: Eingriff in den Straßenverkehr

Am kalten, sonnigen Samstagmorgen des 9. Februar stand ich auf der Bühne der Demo gegen Diesel-Fahrverbote des AfD Kreisverbands Stuttgart. Dort schilderte ich, wie seinerzeit im Gemeinderat bei einer Anhörung von den Linken erklärt wurde, dass sie letztendlich der Automobilindustrie den „Garaus“ zu machen wollen. Das sagten wohlgernekt Stuttgarter in Stuttgart über Stuttgarter.

Zudem kennt das Verkehrsrecht den Straftatbestand des „gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr“, und genau dieser Tatbestand liegt bei den Fahrverboten vor. Die Dieselfahrverbote und das Verkehrsrecht sind miteinander unvereinbar. Diesen Rechtsbruch muss sich die grün-schwarze Landesregierung vorwerfen lassen. Nach mir sprachen noch Oliver Hilburger von der alternativen Gewerkschaft Zentrum Automobil

und Dirk Spaniel, der den Feldzug gegen den Diesel aus technisch-politischer Sicht kommentierte.



Wie es sich gehört, waren auch ein paar linke Störer dabei, sind dank der Polizei nicht weiter aufgefallen. Insgesamt war es für die Kürze der Vorlaufzeit eine runde Veranstaltung.

AfD wirkt: EU knickt ein - München kippt Fahrverbot EU-Eurokraten machen unter Druck erstes Grenzwert-Zugeständnis

Brüssel – München - Wiesbaden. Drei Entscheidungen an einem Tag könnten ein Markstein auf dem Weg heraus aus der unseligen Diesel-Enteignungspolitik in Deutschland sein. Bis es aber wieder heißt „Freie Diesel-Fahrt für freie Bürger“ bedarf es noch einer weiteren Wegstrecke des Widerstandes gegen den Grenzwert-Wahnsinn. Immerhin, die Alternative für Deutschland wirkt. Als einzige im Deutschen Bundestag vertretene Partei kämpfen wir seit Jahren gegen den frei erfundenen Stickoxid-Grenzwert und gegen die damit verbundene fatale Enteignung deutscher Diesel-Fahrer.

Brüssel: Die Chancen des dubiosen ideologischen Kampfverbandes mit dem harmlos-positiv klingenden Namen „Deutsche Umwelthilfe“ (DUH), vor Gericht in deutschen Städten weitere Fahrverbote zu erzwingen, sind gesunken. Die Brüsseler Eurokraten knicken das erste Mal in der Feinstaub-Frage mit dem frei erfundenen NOx-Grenzwert (Stickstoffoxid) von 40 Mikrogramm ein und stellen ihre Zustimmung in Aussicht, wenn hierzulande Fahrverbote erst von 50 Mikrogramm an erteilt werden. Auf dem Grenzwert von 40 Mikrogramm beharren die Brüsseler Beton-Bürokraten freilich, noch.

Mit diesem Grenzwert wurden bei einer Überschreitung wegen angeblicher gesundheitlicher Gefahren in mehreren Städten von der DUH gerichtlich Fahrverbote erzwungen. Inzwischen haben namhafte Lungenfachärzte die Absurdität dieser Annahme aufgedeckt. Die hierzulande auftretenden NOx- und Feinstaubwerte sind nicht gesundheitsschädlich. Diese Aussage hat Bestand und konnte bis heute – entgegen anderslautender Meldungen - nicht widerlegt werden. Übrigens genauso wenig wie die folgende: Es gibt derzeit keine wissenschaftliche Begründung für die aktuellen Grenzwerte für Feinstaub und NOx, konstatieren die über 100 Lungen-Spezialisten.

Ein Raucher nehme über 200.000 Mikrogramm NOx pro Kubikmeter Luft auf, wenn er eine Zigarette konsumiere und falle danach ja nicht gleich tot um.

Von dem Mini-Zugeständnis der Eurokraten werden aber nicht alle betroffenen Städte profitieren. Bereits verhängte Fahrverbote sind von einer nun geplanten Gesetzesänderung durch den Deutschen Bundestag nicht betroffen. In Stuttgart beispielsweise lag der Jahresmittelwert 2018 bei 71 Mikrogramm, in München bei 66, und in Kiel bei 60 Mikrogramm NOx pro Kubikmeter Luft. Bundesweit gibt es 36 Städte, in denen nach Angaben des Umweltbundesamtes aus der vergangenen Woche der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm im Jahresmittel überschritten wurde.

In diesen Städten gibt es teils bereits Fahrverbote, in vielen Städten drohen neue oder schärfere Fahrverbote in nächster Zeit. Zehn Städte, darunter neben den genannten auch Köln, Hamburg, Düsseldorf und Dortmund, hatten 2018 Werte von über 50 oder darüber. Da die Werte von Monat zu Monat sinken, weil ältere Diesel ausgemustert werden und die Flotten auf saubere Modelle umstellen, gibt es in vielen dieser Städte die Hoffnung, dass der Wert von 50 Mikrogramm schon in diesem Jahr im Jahresmittel unterboten wird.

München: Am gleichen Tag gab es eine weitere Entscheidung, für die die AfD sich seit langem einsetzt: In München sind vorerst Fahrverbote von Diesel-Autos wegen angeblicher Gesundheitsgefährdungen vom Tisch. Die bayerische Landesregierung sieht sie als unverhältnismäßig an. Sie erstellt auf Weisung der EU die Luftreinhaltepläne. Nun hat die Regierung die Fahrverbote im Rahmen des neuen Luftreinhalteplans für München geprüft, sie dann aber abgelehnt.

Für die Entscheidung werden drei Gründe ins Feld geführt. Zum einen zurückgehende Werte für die

Stickoxidbelastung an verkehrsreichen Straßen und zum anderen die Tatsache, dass bei Messungen in Wohngebieten nirgends Grenzwertüberschreitungen gemessen wurden. "Die Luft in München ist deutlich besser als vielfach angenommen und vom Freistaat 2017 berechnet wurde", hatte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) jüngst bei der Vorstellung der aktuellen Daten gesagt.

Der dritte Grund für die Ablehnung ist die Verhältnismäßigkeit. Während etwa die Stadt Hamburg in Kauf nahm, dass nach zwei gesperrten Straßen der Auto- und Schwerlastverkehr in Wohngebiete auswich und dort für mehr Belastungen sorgte, will München genau das vermeiden. Bayerns Landesregierung geht damit auf direkten Konfrontationskurs zum dubiosen Abmahnverein „Deutsche Umwelthilfe“ (DUH). Die will bundesweit Fahrverbote gerichtlich erzwingen. Die „Umwelthilfe“ wird gegen die Entscheidung der Landesregierung wohl erneut klagen. Bundesweite Unterstützung bekommt der staatlich geförderte Abmahnverein dabei, wen wundert's, von SPD und Grünen.

Wiesbaden: Der Streit über Dieselfahrverbote in Wiesbaden ist beigelegt. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vor dem Verwaltungsgericht zugeben, dass die bisher umgesetzten sowie die geplanten Maßnahmen zur Luftreinhaltung der Kommune voraussichtlich ausreichen, um die Belastung mit Stickstoffdioxid zu senken. Der dubiose Abmahnverein zog damit zum ersten Mal eine Klage zurück.

Zurück nach Brüssel: Die Entscheidung der EU-Kommission gegen ein Bundesgesetz, das eine Toleranzgrenze des Grenzwertes auf 50 Mikrogramm zulässt, könnte der DUH in Zukunft den Garaus machen. Man fragt sich freilich, warum das Brüsseler Gängelungs-Oberkommando plötzlich bei zehn Mikrogramm mehr die Augen zudrückt. Die EU räumt nämlich sozusagen in einem ersten Schritt konkludent ein, dass eine Überschreitung des 40-Mikrogramm-Werts keine Gesundheits-Gefahr darstellt. Warum dann nicht gleich eine Anhebung auf 55, 60, 80 oder 100 Mikrogramm (die in der strengen Umweltpolitik des US-Bundesstaats Kalifornien gelten)? Nach dem profunden Urteil renommiertester Wissenschaftler allesamt unschädlich. Die AfD wirkt!



Bedeutende Erkenntnisse von Abgeordneten der Altparteien

Wer ab und zu die Parlamentsdebatten in Phoenix verfolgt, weiß es: Abgeordnete der Altparteien verfügen immer wieder über bahnbrechende Erkenntnisse, die in jeder zweiten oder dritten Rede und natürlich auch außerhalb des Plenarsaals geäußert werden. Einige setzen die Gesetze der Physik außer Kraft, andere wollen die nationale Identität anderer Völker umkrempeln und wieder andere resultieren aus der Unfähigkeit, auch nur einfachste, standardisierte Beleidigungsformeln gegen die AfD richtig wiederzugeben.



Zur Physik: Die Grünen-Vorsitzende Baerbock hatte im Bundestag die Erkenntnis, dass „im Stromnetz viel Energie gespeichert ist“. Klar, dauert ja eine Weile bis der ganze Strom von der Nordseeküste bis nach Süddeutschland gelaufen ist. In den Pipelines ist ja auch jede Menge Öl gespeichert, oder?

Ihr Kollege Saathoff verkündete in der Kohleausstiegsdebatte, die sogenannte „Dunkelflaute“ (es scheint weder die Sonne auf Solarpanels, noch treibt Wind die Windräder an) spiele „keine Rolle, weil die erneuerbaren Energien im europäischen Kontext zu sehen“ seien. Wenn es also in Deutschland stockfinstere Nacht ist, scheint in Italien die Sonne. Da mag auch der Abgeordnete Beutin von der Linken nicht zurückstehen und erklärt, beim deutschen Kohleausstieg gehe es „um die Zukunft der ganzen Menschheit!“. Wer mag da noch widersprechen?

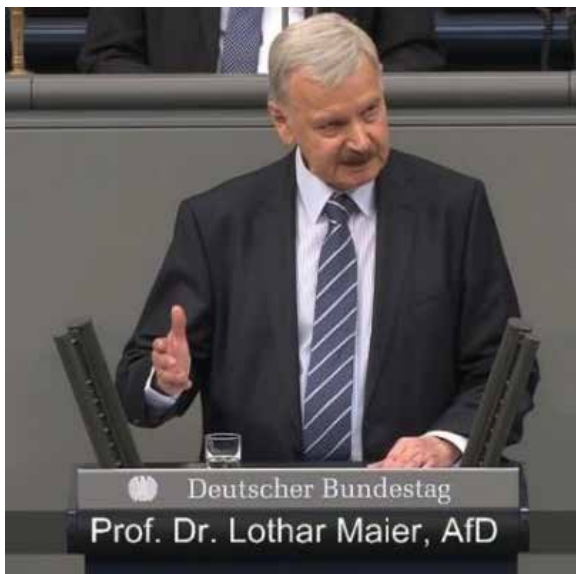
Einer von der Merkeltruppe (der Abgeordnete Lämmel von der CDU) zeigt endlich anderen Völkern, wo es langgeht. Bei einem Besuch in Angola bestimmt er, die Angolaner müssten ihre Umgangssprache aufgeben: „Portugiesisch abschaffen!“. Und weil er schon grad dabei war, gab er auch den west- und nordafrikanischen Völkern den Rat, sie sollten das Französische aufgeben. Ob sie es durch sein gepflegtes Sächsisch ersetzen sollten, ließ er offen.

Wem zu so viel Tiefgang die Kapazität fehlt, der versucht wenigstens, die von den Fraktionsführungen ausgegebenen rituellen Beschimpfungen der AfD wiederzugeben. Aber auch zu Ausweniglernen von fünf Worten reicht es nicht immer. Statt der Standardbeschimpfung „Sie wollen die Gesellschaft spalten!“ brachte es eine Vertreterin der Grünen nur zu dem Ausruf: „Sie wollen die Menschen spalten!“. Aber mit dieser Aufgabe wäre nun selbst die AfD überfordert.

Letzte Informationsfahrt nach Berlin

Prof. Dr. Lothar Maier referiert vor unseren Besuchern





LOTHAR-MAIER.EU

Impressum:

Lothar Maier MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 227 75494
Fax: 030 227 70494

Mail.: lothar.maier@bundestag.de

Kontakt:

Wahlkreisbüro Stuttgart
Tel: 0711 50500-962
Fax: 0711 50500-979

www.facebook.com/prof.lotharmaier
<https://twitter.com/ProfMaier>

youtube.com/channel/Uck048Rd6KVTC8oaD_ph6xNA

LOTHAR-MAIER.EU